## Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

### Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4)

Im Zusammenhang mit der **Übertragung der Bundesstraßen B** durch den Bund war die finanzielle Koordination der Interessen der Stadt Wien sicherzustellen und u. a. ein Verwaltungsübereinkommen zwischen der Stadtwerke Holding und der Stadt Wien hinsichtlich der Kostentragungsregelungen im Zuge von Einbautenverlegungen in Straßen auszuarbeiten.

Bezüglich eines Grund- und Finanzierungsvertrages neu für den Verkehrsverbund Ost-Region waren Vertragsverhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie durchzuführen.

Gemäß dem zwischen der Stadt Wien und dem Bund vereinbarten 30 Milliarden Schilling-Paket waren mehrfach Verträge hinsichtlich **Park & Ride-Anlagen** auszuverhandeln und abzuschließen, an Verhandlungen bezüglich geplanter Projekte zwischen den ÖBB und der Stadt Wien (z. B. Grundtausch Praterstern, Grundtransaktionen Nordbahnhof, Zentralbahnhof Wien) wurde mitgewirkt.

Der überwiegende Teil sämtlicher gesetzlicher Maßnahmen des Bundes war von der MA 4 hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen dahingehend zu prüfen, ob über ihren Inhalt gegebenenfalls Verhandlungen in einem Konsultationsgremium zu führen sind. Betreffend die Sicherheitspolizeigesetz-Novelle 2002, das Universitätsgesetz 2002 und das Bundesgesetz, mit dem das Fremdengesetz 1997, das Asylgesetz 1997 und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden, waren Verhandlungen im Sinne der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus zu verlangen.

Im Rahmen des abteilungsinternen Aufbaus eines **Controllingsystems** wurden eine neue Personalstatistik und ein neues Arbeitszeitaufzeichnungssystem sowie ein abteilungsspezifischer Betriebsüberleitungsbogen entwickelt. Eine Führungskräftebeurteilung, eine Mitarbeiter/innenbefragung und eine Kund/innenbefragung wurden durchgeführt und der MA 4-Produktkatalog an den magistratsweiten Produktgruppenkatalog angepasst und zu SAP-konformen Kostenträgercodes weiterentwickelt.

Entsprechend einem Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juni 2002 wurde eine **Cross-Border-Leasing Transaktion** (grenzüberschreitende Leasing-Transaktion) über Teile der Kanalanlagen und Pumpwerke links der Donau vorbereitet. Zweck der Transaktion ist die Erhöhung der Liquidität der Stadt Wien durch den Erhalt eines nicht rückzahlbaren Geldbetrags (Netto-Barwertvorteil). Dieser resultiert aus der Nutzung von Vorteilen des US-amerikanischen Steuerrechts. Das zivilrechtliche Eigentum und die Nutzungsbefugnis an den umfassten Anlagen bleibt bei der Stadt Wien.

Auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 25. Oktober 2002 wurde eine weitere Cross-Border-Leasing-Transaktion, die ein integriertes System von Informations- und Kommunikationskomponenten (EDV-Anlagen und Software) des Magistrats der Stadt Wien betrifft, vorbereitet.

Im Jahr 2002 standen für die **Aufschließung von Betriebsbaugebieten** ca. 6,8 Mio. Euro zur Verfügung. So konnte mit der äußeren Aufschließung des Betriebsbaugebiets „Wiener Messe Neu" bzw. mit dem Ausbau der Trabrennstraße und Messestraße begonnen werden. Ebenso wurde mit der Planung des Betriebsbaugebiets „Schlachthof St. Marx" begonnen, um das städtische Leitprojekt mit Schwerpunkt Büro- und Gewerbenutzung umzusetzen.

Auf Grund des Beschlusses des Gemeinderats vom 25. Oktober 2002 ist die Implementierung eines **Verrechnungssystems für Parkgebühren mittels Mobiltelefon** (M-Parking) in Vorbereitung. Zur Erprobung dieses Systems einer elektronischen Parkraumbewirtschaftung wurde ein dreimonatiger Pilotbetrieb mit 1.000 Teilnehmern vorbereitet. Für diese innovative Form der Gebührenentrichtung, die als Alternative neben dem bestehenden Parkscheinsystem genutzt werden könnte, ist lediglich der Besitz eines Mobiltelefons mit SMS-Funktion Voraussetzung.

Die Revisionsstelle hatte im Jahr 2002 bei insgesamt rund 27.800 Revisionen einen fiskalischen Erfolg in Höhe von rund 16,4 Mio. Euro zu verzeichnen.

Im Bereich der **Parkometerabgabebefreiungen** bzw. -pauschalierungen wurde eine weitere Kundenbefragung durchgeführt, die zum Einen eine äußerst hohe Zufriedenheit mit der behördlichen Vorgangsweise und den damit befassten Mitarbeiter/innen bescheinigte und zum Anderen einige bis dahin unerkannte Kundenwünsche thematisierte. Die Umsetzung der zu Tage gebrachten Kundenwünsche wird zum Anlass für organisatorisch realisierbare Änderungen genommen werden. Durch die Vorarbeiten zur EDV-unterstützten Einbringung von Anträgen auf Pauschalierung bzw. Befreiung im Zusammenhang mit der Parkometerabgabe wird das Angebot der Stadt Wien an E-Government-Anwendungen im Jahr 2003 wesentlich erweitert werden.

Aufgrund geänderter Rahmenbedingungen musste eine neue Regelung für die **Besteuerung von Tanzveranstaltungen** ausgearbeitet werden. Die vom Landtag beschlossene Novelle zum Vergnügungssteuergesetz 1987 ist mit 1. März 2002 in Kraft getreten und brachte eine generelle Absenkung des Steuersatzes für Publikumstanz auf 15 Prozent und sieht die Möglichkeit vor, auf Antrag eine Veranstaltung im Kalenderjahr mit einem begünstigten Steuersatz von 10 Prozent durchzuführen.

Weiters waren im Jahr 2002 die Vorarbeiten zur Änderung der Kommunalsteuerprüfung im Rahmen des zweiten Abgabenänderungsgesetzes 2002, in welchem die gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben durch Organe der Finanzverwaltung und der Krankenversicherung vorgesehen ist, durchzuführen.

## Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5)

### Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung

- **BGBl. Nr. 20/2002** (ausgegeben am 8. Jänner 2002): Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Kinderbetreuungsgesetz geändert wird;
- **BGBl. Nr. 27/2002** (ausgegeben am 15. Jänner 2002): Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2001 geändert wird;
- **BGBl. Nr. 118/2002** (ausgegeben am 19. März 2002): Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen, mit der die TSE-Tiermaterial-Beseitigungsverordnung geändert wird;
- **BGBl. Nr. 155/2002** (ausgegeben am 4. Oktober 2002): Bundesgesetz, mit dem u. a. das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird;
- **LGBl. für Wien Nr. 7/2002** (ausgegeben am 8. Februar 2002): Gesetz, mit dem das Gesetz über Anlagen zum Einstellen von Kraftfahrzeugen und über Tankstellen in Wien (Wiener Garagengesetz) geändert wird;
- **LGBl. für Wien Nr. 25/2002** (ausgegeben am 12. Juni 2002): Verordnung des Landeshauptmanns von Wien, mit der die Verordnung des Landeshauptmanns von Wien über die Pflicht zur Abfuhr von Spezifiziertem Risikomaterial und die hiefür zu entrichtenden Entgelte (SRM-Verordnung) geändert wird.

### Zentralbudget

Der Voranschlag 2002 sah folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

| | EUR | Zusatzrahmen mit Sperre EUR |
|---|---|---|
| Einnahmen | 9.268.752.000 | 80.000.000 |
| Ausgaben | 9.262.498.000 | 80.000.000 |
| Überschuss | +6.254.000 | – |

Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent, die Ausgaben sinken um 2,1 Prozent. Das administrative Gesamtergebnis ergibt einen Überschuss von rund 6,3 Mio. EUR. Bereits im Voranschlag 2002 wird damit das angestrebte „Maastricht-Ergebnis" mit einem Wert von rund 327 Mio. EUR weitestgehend erreicht.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderats vom 26. Juni 2002 **genehmigte Rechnungsabschluss** für das Jahr 2001 ergab bei Gesamteinnahmen von 10.056 Mio. EUR und Gesamtausgaben von 9.924 Mio. EUR einen Überschuss von 132 Mio. EUR. Mit diesem Ergebnis wurde die stabilitätspolitische Vorgabe (Maastricht-Ergebnis) von 345 Mio. EUR erreicht.

Der **Voranschlag 2003** rechnet mit Einnahmen von 9.609 Mio. EUR und Ausgaben von 9.621 Mio. EUR. Administrativ ergibt sich somit ein Abgang in Höhe von rund 12,6 Mio. EUR. Das gemäß Stabilitätspakt angestrebte „Maastricht-Ergebnis" wird mit einem Wert von rund 325 Mio. EUR weitestgehend erreicht, der Rest ist im laufenden Vollzug aufzubringen. Weiters wurde in Anbetracht von Unwägbarkeiten bei der Einnahmenseite (u. a. das Wirksamwerden der Ergebnisse der Volkszählung 2001) abermals ein „außerordentliches Budget" mit 90 Mio. EUR vorgelegt, das je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig freigegeben werden kann.

### Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, wurden im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderats im Verwaltungsjahr 2002 rund 152,9 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 2001 wurden Anfang Februar des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, dass Ausgaben (für Vorhaben) von rund 191,1 Mio. EUR getätigt wurden. Mit Stichtag 31. Dezember 2001 erreichte die Bezirksrücklage (für alle Bezirke) einen Stand von rund 41,9 Mio. EUR – resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2001 sowie der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mussten zwei Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluss 2001 einen Vorgriff von insgesamt rund 0,5 Mio. EUR tätigen.

Im Juni des Jahres 2002 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verhandlungsausschusses des Bezirks mit den Dienststellen des Magistrats hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 2003 statt. Im Jahr 2003 sind es rund 148,5 Mio. EUR, die den Bezirken im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderats für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

### Zentrales Finanzcontrolling

Auf dem Weg zur Erreichung des im Österreichischen Stabilitätspakt für die Stadt Wien vorgeschriebenen positiven Maastricht-Finanzierungssaldos stellte das seit dem Jahr 2001 eingeführte zentrale Finanzcontrolling ein unentbehrliches Instrument dar. Insbesondere aus den von den einzelnen Dienststellen durchgeführten Prognosen der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben zum 31. Dezember 2002 konnten Handlungsfelder ausgemacht und entsprechende Steuerungsmaßnahmen gesetzt werden.

### Finanzwirtschaft

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 2002 wurde auf Grund der beschlussmäßigen

Ermächtigungen des Gemeinderats seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktion durchgeführt: 450 Millionen CHF – Anleihe 2002 bis 2006 (öffentliche Anleihe). Diese Transaktion erbrachte einen Erlös von rund EUR 311,2 Mio.

Bürgschaften

Im Jahr 2002 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen in 132 Fällen Bürgschaften im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, für einen Gesamtbetrag von 20.813.979,06 EUR übernommen. Im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 sind nunmehr alle Nachtragsdarlehen-Haftungen übernommen worden. Somit sind in diesem Bereich keine Zugänge mehr zu verzeichnen.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 2002 im Rahmen der Aktion 3.232.540,62 EUR zur Auszahlung.

**Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds**

Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

- Bundesförderung gemäß Wasserbauten bzw. Umweltförderungsgesetz: Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszuzählungen für Investitionen der Magistratsabteilungen 30 und 31 in einer Höhe von rund 56.000 EUR lukriert werden.
  Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 2002 30 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund 20,4 Mio. EUR eingereicht und 35 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 2,6 Mio. EUR angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund 5,8 Mio. EUR vereinnahmt werden.
- Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft: Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 2002 35 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazu gehörigen Förderungsrichtlinien-Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über 27,9 Mio. EUR zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 2002 rund 15,8 Mio. EUR und somit insgesamt bereits mehr als 261 Mio. EUR an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

Altlasten

Mit 1. Jänner 2002 kam es zu einer Änderung im Bereich der Altlastensanierung. Alle Agenden die Altlastensanierung betreffend wurden der MA 45 übertragen.

**Katastrophenfonds**

Das Land Wien gewährte im Jahr 2002 gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 11. Dezember 2001, Pr. Z. 0816/01-MDBLTG, für Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Vorsorge Entschädigungszahlungen zur Existenzsicherung an die Fleisch verarbeitende Industrie. Für diese Maßnahmen wurde seitens des Landes Wien ein Nettobetrag von rund 2,03 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Zur Abdeckung der durch das Hochwasser im Sommer 2002 in Wien eingetretenen Schäden gewährt das Land Wien gemäß dem Beschluss der Wiener Landesregierung vom 10. September 2002, Pr.Z. 03762/2002-MDALTG, einen finanziellen Beitrag in Höhe von 50 Prozent der erlittenen Schäden. Im Jahre 2002 wurde gemäß § 3 Ziffer 3 Katastrophenfondsgesetz 1996 somit ein finanzieller Beitrag in Höhe von 2,038 Mio. EUR an die einzelnen Geschädigten ausbezahlt.

**Krankenanstaltenfinanzierung**

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahr 2002 Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung in Höhe von insgesamt 202.727,26 EUR angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Im Jahr 2001 wurde als Ersatz für die für die Jahre 1998 bis 2000 gültige Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wien – MA 5 und den Rechtsträgern der Ordensspitäler eine neue, für die Jahre 2001 bis 2004 gültige Vereinbarung abgeschlossen. Den Ordensspitälern wurden im Jahr 2002, basierend auf der neuen Vereinbarung, ein Betrag von insgesamt 22.528.578,59 EUR überwiesen.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Der Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) stellt mittels Bescheid gemäß Wiener Krankenanstaltengesetz (Wr. KAG) jährlich den Rechnungsabschluss des Hanusch-Krankenhauses fest. Seitens der MA 5 wird auf Grund der entsprechenden Mitteilung des WIKRAF gemäß § 56 (2) Wr. KAG dem Rechtsträger des Hanusch-Krankenhauses, das ist die Wiener Gebietskrankenkasse, 50 Prozent des festzustellenden Betriebsabganges überwiesen. Im Jahr 2002 war dies ein Betrag in Höhe von 20.801.714 EUR.

**Internationale Organisationen**

Im Jahr 2002 wurden für die Beteiligungen an den Unterbringungskosten internationaler Organisationen ein Betrag in der Höhe von 109.354,21 EUR angewiesen. Des Weiteren wurde mit der Republik Österreich eine weitere Vereinbarung betreffend der Übersiedlung bzw. Tragung der Kosten für die Unterbringung der OSZE-Institutionen in Wien abgeschlossen.

# Stadtwerke

**Fonds**

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der vom Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Arbeitnehmer/innen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 9.084.104,27 EUR im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Das Land Wien beteiligte sich gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 10. September 2002, Pr. Z. 3734/2002-MDALTG, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice an der Finanzierung des „Aktionsprogramm – Territorialer Beschäftigungspakt Wien 2002", wobei seitens des Landes Wien ein Beitrag in Höhe von 14.534.566,83 EUR geleistet wurde.

Das Land Wien beteiligte sich gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 10. September 2002, Pr. Z. 3735/2002-MDALTG, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice an der Finanzierung des „Sonderprogramms Jugendliche 2002 (Maßnahmenpaket 2)", wobei seitens des Landes Wien ein Beitrag in Höhe von 3.241.300 EUR geleistet wurde.

**Subventionen und Beiträge**

Aus Subventionsmitteln der MA 5 werden private Organisationen und Einrichtungen für soziale Projekte und Aufgabenstellungen (insbesondere Nachbarschaftshilfe, allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe etc.) gefördert. Dazu ist noch die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte (neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen) zu erwähnen. Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem AMS Wien wurden weiter Beschäftigungsprojekte für Frauen sowie Langzeitarbeitslose gefördert. Die Wiener Landwirtschaftskammer wurde weiter mit den Zuschüssen für den Kammerbetrieb unterstützt.

In den Sitzungen der verfassungsmäßig zuständigen Organe wurden (den VA 2002 betreffend) Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 17,952 Mio. EUR bewilligt. Auf Grund von Dauerbeschlüssen bzw. Beschlüssen des Gemeinderats wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge insgesamt rund 22,908 Mio. EUR ausgegeben.

**Beteiligungen**

Mit der Beschlussfassung über das Gesetz über den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr (ÖPNRV-G 1999) wurden die Verkehrsverbünde in Österreich gesetzlich verankert. Auf Grund des daraus resultierenden Ausscheidens der Republik Österreich (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) aus der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) GesmbH als Gesellschafter war es u. a. notwendig, eine Neustrukturierung durchzuführen. Die finanzielle Beteiligung der Republik Österreich, die in einem Grund- und Finanzierungsvertrag geregelt ist, bleibt jedoch auch weiterhin bestehen. Auf Grund des Ausscheidens der Republik Österreich aus dem VOR hält das Land Wien nunmehr 44 Prozent der Anteile (vorher 30 Prozent).

**MMLiegenschaftsbesitz GmbH (kurz MML)**

Seitens der Stadt Wien wurde mit Beschluss des Gemeinderats vom 1. Februar 2002, Pr.Z. 190/2002-GFW, der MML (an der die Stadt Wien indirekt mit 20 Prozent beteiligt ist), ein Großmutterdarlehen für die Errichtung einer neuen Unternehmenszentrale von max.mobil-Österreich (nunmehr T-mobile) in der Höhe von 128 Mio. EUR gewährt. Im Jahr 2002 wurde davon ein Betrag in Höhe von insgesamt 65 Mio. EUR zugezählt.

**Wirtschaftsförderung**

In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 440 Kreditanträge für die **Gemeinsame Kreditaktion** verzeichnet, wovon 386 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluss vom 29. Januar 2002 wieder mit 1.090.092,51 EUR festgesetzt. Im Rahmen der **Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien** kam es zu 14 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 305.218,80 EUR.

Im Rahmen der **Wiener Strukturverbesserungsaktion** (ehemals „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion") wurden im Jahr 2002 48 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 9.885.876,95 EUR gewährt. Bei der mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellten Förderungsaktion C-Tech und Telematik wurden 61 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 1.259.475,53 EUR vergeben. In der Aktion zur Nahversorgungsförderung konnten 270 Fälle mit einem Volumen von 2.073.480,06 EUR positiv erledigt werden.

Im Rahmen der Wiener Unternehmensgründungsaktion, welche mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellt wurde, wurden im Jahr 2002 234 Anträge positiv erledigt, welche ein Fördervolumen von 2.165.126,32 EUR auslösten. Um **Jungunternehmer/innen** weiterhin die Gründung eines Unternehmens zu erleichtern, beschloss der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2001 eine Förderkooperation mit der Bürges-Förderbank. Hier konnten 32 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 47.008 EUR vergeben werden. Ein weiteres Kooperationsprogramm mit der Bürges-Förderbank ist ein **„Innovationsprogramm – Unternehmensdynamik"**, das die Stärkung des Innovationspotentials von kleinen und mittleren Unternehmen zum Ziel hat. Als Investitionsprämie wird seitens der Bürges-Bank eine 5-prozentige Basisprämie gewährt. Im Rahmen dieser Aktion ist darüber hinaus eine „Plusprämie" für Projekte mit außergewöhnlich hohem Innovationsgrad vorgesehen. Im Rahmen

dieser Förderaktion wurden zwei Fälle mit einem Gesamtbetrag von 41.280 EUR genehmigt.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 3. Mai 1999, Pr.Z. 88/99-GFW, wurde die Adaptierung der Förderungsrichtlinien der **U-Bahn-Hilfsaktion** zur Unterstützung von durch den U-Bahnbau in ihrer Existenz bedrohten Handels- und Gewerbetreibenden genehmigt. Im Jahr 2002 wurde acht Betriebe mit einem Betrag von insgesamt 1.800 EUR gefördert.

**Trans Koop Wien**

Die Aktion „Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen" hatte mit 19 positiven Anträgen – bei einem Fördervolumen von 1.501.419 EUR – einen derart positiven Effekt auf die Wiener Wirtschaft, dass mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 26. September 2002 eine Laufzeitverlängerung bis 31. Dezember 2004 beschlossen wurde.

**Betriebliche Umweltförderung**

Bei der mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellten Förderungsaktion zur Vorsorge des betrieblichen Umweltschutzes wurden im Rahmen des **ÖkoBusinessPlan Wien** im Jahr 2002 20 Förderungsanträge in der Höhe von 658.746,13 EUR anerkannt. Die Fragen der Ökologie sollen nun verstärkt über ein Beratungspaket für Unternehmen einerseits und die Integration einer ökologischen Bewertung von Förderprojekten in neuen Förderrichtlinien andererseits gefördert werden.

Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde für die mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellte „Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion" ein Mix aus monetären und nichtmonetären Maßnahmen für das Jahr 2002 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Für laufende Projekte innerhalb der **„Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion"**, bei der im Jahr 2002 101 Fälle mit einem Gesamtbetrag von 11.171.417,94 EUR positiv erledigt wurden, bleiben die bestehenden Richtlinien aufrecht.

Die im Rahmen eines strategischen Konzepts für eine neue Innovations- und Technologieförderung unter dem Titel **wiennovation** ausgearbeiteten Maßnahmen zur Umsetzung der technologiepolitischen Ziele und Grundsätze in allen wesentlichen Phasen und Ausprägungen des Innovationsprozesses gliedern sich in drei Aktionslinien:

Betriebliche Forschung und technologische Entwicklung

Sie bilden den Rahmen für zeitlich beschränkte Ausschreibungen („calls") – vorzugsweise in Kooperation mit anderen Förderungsstellen, der Wirtschaft und der Wissenschaft – zur Förderung der besten F&E-Projekte. Im Jahr 2002 wurden zwei Ausschreibungen gestartet, wobei ein „call" im Bereich **„Biotechnologie – Life Sciences"** und ein zweiter im Bereich **„creative industries"** vorgesehen waren. Hier konnten für 25 Fälle Zuschüsse von insgesamt 4.301.770,98 EUR vergeben werden.

Cluster, Human Ressources & Technologietransfer

Das neue Förderungsprogramm für Technologiekooperationen zwischen Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Technologietransferstellen wurde mit 1. Jänner 2002 als „deminimis-Aktion" gestartet. In diesem Bereich wurde ein Fall mit 50.000 EUR gefördert. Um eine akkordierte und optimierte Betreuungssituation für das Zukunftsfeld **„Life Sciences"** anbieten zu können, wird im Bereich der Biotechnologie eine Kooperation des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit der Innovationsagentur hinsichtlich des Biotechnologie-Clustermanagements eingegangen. Dabei werden die bisherigen Aktivitäten der ZIT (Zentrum für Innovation und Technologie GmbH, 100-Prozent-Tochter des WWFF) und der Innovationsagentur in diesem Arbeitsbereich in Form einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Titel **„Life Sciences Austria – Vienna Region" (LISA)** zusammengeführt.

Die ARGE wurde zur Erfüllung der o. a. Aufgaben von jedem der Partner für 2002 mit Mittel von 200.000 EUR dotiert. Der diesbezügliche ARGE-Vertrag wurde auf fünf Jahre abgeschlossen, wobei eine jährliche Kündigungsmöglichkeit besteht.

High Tech-Unternehmensgründung

Der Forschungsförderungsfonds der Gewerblichen Wirtschaft (FFF) gewährt im Rahmen seiner Initiative **„Start-Up-Förderung"** jungen Unter-

*Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder beim Spatenstich für das Business & Research Center Höchstädtplatz.*

nehmen seine übliche Forschungsförderung in Form von Darlehen und Zuschüssen bis zu 50 Prozent der Projektkosten. Darüber hinaus werden spezifische Serviceleistungen (wie Machbarkeitsstudien, Marktchecks und Venture-Foren) angeboten. In diesem Bereich konnten für 13 Fälle Zuschüsse von 165.305,45 EUR vergeben werden.

Mit der im Jahr 1999 neugeschaffenen Aktion **„Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen"** wird Betriebsschließungen bzw. -abwanderungen aus dem Wiener Stadtgebiet ins Umland entgegengewirkt. 2002 wurden zwei Gewerbehöfe mit einem Volumen von 387.030,10 EUR positiv genehmigt.

**Spezielle bedarfsorientierte Förderungsmaßnahmen**

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschafts- bzw. der Technologieförderung.

- Um die Nahversorgungsfunktion der gewachsenen innerstädtischen Einkaufsstraßen weiterhin zu erhalten und zu verbessern, wurden im Jahr 2002 wieder 1.090.092,51 EUR für die **Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion** und 545.046,26 EUR für den Sonderprojektrahmen für Geschäftsstraßenaktivitäten aufgebracht.
- Über diesbezügliche Beschlüsse des Wiener Gemeinderats wurde die Beteiligung Wiens am Kind-Programm betreffend das Kompetenzzentrum „ACBT – Austrian Center of Biopharmaceutical Technology" und das Kompetenzzentrum „KERP – Kompetenzzentrum für Elektronikschrott-Recycling" in einer Bandbreite von 9,3 Prozent bis 13,7 Prozent der Gesamtkosten genehmigt.
- Die Beteiligung Wiens am AplusBProgramm wurde über diesbezüglichen Beschluss des Wiener Gemeinderats betreffend der „Zentrum IniTS GmbH" in Höhe von 35 Prozent der Gesamtkosten genehmigt.
- Die Unterstützung der Trägerorganisation des Automotiv Cluster Vienna Region (ACVR) in Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten für die Jahre 2003–2006 wurde über diesbezüglichen Beschluss des Wiener Gemeinderats im Dezember 2002 genehmigt.

**Infrastrukturmaßnahmen**

Auf Grund des zwischen der Stadt Wien, den Österreichischen Bundesbahnen und der Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesmbh abgeschlossenen „Übereinkommens betreffend den Ausbau der S7" wurden seitens der Stadt Wien im Jahr 2002 13.492.651,39 EUR aufgewendet.

Des Weiteren wurde mit denselben Beteiligten ein „Übereinkommen betreffend den Umbau des Bahnhofs Jedlersdorf und die Einrichtung des Zentralwerks Floridsdorf in Wien abgeschlossen und seitens der Stadt Wien Mittel in Höhe von 1.042.348,61 EUR aufgebracht.

*Der grenzüberschreitende Businesswettbewerb „Best of Biotech – Ideen fürs Leben" soll Anreize für Vermarktungsideen innovativer Forschung schaffen und „Start ups" im Bereich Life Science erleichtern.*

**Zinsenfreie Darlehen (zur Wirtschaftsförderung bzw. für soziale Zwecke)**

Mit Beschluss vom 22. März 2002, Pr.Z. 01145/2002-GFW, genehmigte der Wiener Gemeinderat die Gewährung eines zinsenfreien Darlehens in Höhe von 25.000.000 EUR durch die Stadt Wien an das Institut „Haus der Barmherzigkeit" zur Finanzierung des Projekts in Wien 16., Seeböckgasse 30A.

Die Gewährung eines Zinsenzuschusses in Höhe von 3 Prozent p.a. für ein Darlehen in Höhe von 3.300.000 EUR auf Dauer der Darlehenslaufzeit und die Übernahme der Haftung durch die Stadt Wien für den Rudolfinerverein – Rotes Kreuz wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 25. Oktober 2002, Pr.Z. 04191/2002-GFW, genehmigt.

Zinsenfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser – im gesundheits-, umwelt- und sozialpolitischen Interesse gelegenen – Aktion kann die Stadt Wien zinsenfreie Darlehen für die Dauer von fünf Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluss bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren. Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 2002 insgesamt 74.928,39 EUR zugezahlt.

**Ersatzvornahmen**

Im Rahmen der finanziellen Abwicklung der Ersatzvornahmen wurden im Rechnungsjahr 2002 insgesamt 214.943,53 EUR zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. 101.192,07 EUR konnten auf

der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 2001 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von 384.614,04 EUR. Nach Hinzurechnung der Ausgaben und Abzug der Einnahmen ergibt sich für 2002 ein neuer Saldo in der Höhe von 498.365,50 EUR.

**Homepage**

Im Jahr 2002 wurde eine Homepage eingerichtet, in der neben allgemeinen Dienststelleninformationen auch ausgewählte Themen sowohl für den internen Gebrauch, wie z. B. Voranschlag und zentrales Finanzcontrolling, als auch Kundeninformationen, wie Refundierung der Grunderwerbsteuer und zinsenfreie Kanaldarlehen abrufbar sind.

## Rechnungsamt (MA 6)

**Die 6er auf dem Weg zum modernen Dienstleister**

Auch das Verwaltungsjahr 2002 war – wie bereits 2001 – von einer Vielzahl von Umstellungen, Neuerungen und Vorbereitungsmaßnahmen geprägt. Nach der erfolgreich vollzogenen Währungsumstellung waren insbesondere die Hebung von Kundenzufriedenheit und Qualität unter Einsatz moderner Werkzeuge – entsprechend unserem Leitgedanken, Servicestelle für die Bürger/innen Wiens und die Magistratsdienstellen der Stadt Wien zu sein – und Leistungen zu möglichst kostengünstigen und wettbewerbsfähigen Preisen zu erbringen, die wesentlichen Ziele. Wir blicken zurück auf ein Jahr der Dezentralisierung der Finanzverantwortung auf Geschäftsgruppenebene, auf ein Jahr der betrieblichen Verrechnung der MA 6 mit eigenen Einnahmen und eigener Gestaltungsmöglichkeit. Mit dem Auftrag der magistratsweiten Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung durch die 6er mit der Standardsoftware SAP (Systeme-Anwendungen-Produkte) wurde eine Fülle von Vorbereitungsarbeiten erforderlich, um im Oktober durch ein Start-up-Workshop den eigentlichen Startschuss für dieses mehrjährige Projekt setzen zu können. Ziel ist, über die im Haushalt abgebildete inputorientierte Betrachtung der Verwaltung hinaus, die Darstellung und Bewertung der Leistungen sowie in der Folge die Steuerung der Leistungserbringung mit dem Rechnungswesen zu unterstützen. Der Einsatz der Kosten- und Leistungsrechnung als Steuerungsinstrument erfordert zusätzlich zur ergebnisorientierten Erfassung der Verwaltungsleistungen den Aufbau eines standardisierten Berichtswesens und eine einheitliche Strukturierung der betrieblichen Kostenrechnung.

**Währungsumstellung**

Ohne große Komplikationen verlief die Währungsumstellung von Schilling auf Euro, bei der eine Anzahl von rund 30 Mio. Buchungen in die neue Währung umgerechnet werden musste. Auch die duale Phase verlief mit Unterstützung des neu eingesetzten eKESCH-Programms (elektronisches Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung), das sich insbesondere bei der Geldrückgabe in Euro auf in Schillingbeträgen geleistete Zahlungen bewährte, reibungslos.

Um den Geldfälschungen entgegenzuwirken, wurden alle Kassenstellen mit speziellen Banknotenprüfgeräten ausgestattet und für die Außendienstbeamten wurden Euro-Tester-Pens angeschafft.

**Bürgerorientierung der Stadtkassen**

In dem Bestreben, das Bürgerservice weiter zu verbessern und gleichzeitig noch effizienter und rationeller zu arbeiten, erfolgte eine Bündelung der Kontoführung und der qualifizierten Einbringung in folgenden Dienststellen:

- Buchhaltung 33 – Selbstbemessung
- Buchhaltung 34 – Amtlich bemessene Abgaben
- Buchhaltung 35 – Abgaben- und Verwaltungsstrafen

Mit diesem Reformschritt vom Regionalprinzip der Stadtkassen zum Fachprinzip der Buchhaltungen war auch die Auflassung der Bezirksabgrenzung der Abgabenverrechnung verbunden. Jeder Bürger kann sich nunmehr mit seinem Anliegen an die nächstgelegene Stadtkasse wenden und muss nicht wie bisher zur „örtlich zuständigen" Stadtkasse gehen. Die durch die Aufgabenübertragung gewonnenen Kapazitäten wurden gleichfalls zur Intensivierung des Bürgerservices genutzt. Dies sind insbesondere:

- Inkasso aller Forderungen der Stadt – vom Kindergartenbeitrag bis zur Spitalsgebühr ohne Rücksicht auf Bezirkszugehörigkeit, bar oder mit Bankomat- und Kreditkarte. Eine vermehrte Kassenfrequenz war darüber hinaus durch Übernahme des Meldewesens per März 2002 zu verzeichnen.
- Auskünfte und Zahlungsberatung für alle Forderungen der Stadt.
- Entgegennahme von Kontrahentenrechnungen sowie Auskünfte zur Rechnungsbehandlung und zu Korrekturen.
- Entgegennahme aller Steuererklärungen.
- Ausfolgung der wichtigsten Drucksorten betreffend die Rechnungslegung und den Zahlungsverkehr.

**Bürger ans Netz**

lautete die Devise für die 6er im Jahr 2002. Diese zukunftsweisende Entwicklung, Behördenwege elektronisch abzuwickeln, wurde zunächst mit einfachem Mailing von Steuererklärungen und Anträgen auf Herabsetzung, später mit den ersten echten, durchgängigen eGovernment-Prozessen Parkpickerl und Hundeanmeldung erfolgreich in Angriff genommen. Um eine erhöhte Akzeptanz der Bürger/innen zur Nutzung dieses neuen Mediums zu erzielen, ist ein weitestgehend einheitliches Layout von eGovernment-Anwendungen der Öffentlichen Verwaltung Österreichs Grundvoraussetzung. Gemeinsam mit der MA 53 und der MA 14 hat die 6er bei den Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundes und der Länder zur Formulierung der grundlegenden Rahmenbedingungen eines einheitlichen Style Guides teilgenommen.

# Stadtwerke

**Balanced Scorecard – ein Werkzeug zur Umsetzung von Strategien**

Nach dem Erwerb des EDV-Werkzeugs der Firma SAS wurde die Implementierung der Balanced Scorecard (BSC), die einen ausgewogenen und umsetzungsorientierten Steuerungsansatz bietet, fortgesetzt. Die 6er-BSC ermöglicht eine ausgewogene, mehrdimensionale Betrachtung aller Bereiche des strategischen Managements und umfassende Steuerungsmöglichkeiten zur Erreichung der gesetzten Entwicklungsziele des Rechnungsamtes. Für die BSC der gesamten 6er wurden die Soll-Ist-Werte aus dem Datenbestand unseres Leistungscontrollings herangezogen. Für Interessierte erfolgten zahlreiche Kurse und Coachings sowie Präsentation bei der Newways-Veranstaltung am 13. Juni 2002.

**Kontraktmanagement**

Der Abschluss von Dienstleistungsvereinbarungen nach §16 Haushaltsordnung sowie im Sinne von New Public Management, womit im Verwaltungsjahr 2001 begonnen wurde, konnte heuer fortgesetzt werden. Bereits mit 75 Prozent aller Magistratsdienststellen, sowie den Unternehmungen Wiener Wohnen und Wiener Krankenanstaltenverbund gibt es gültige Kontrakte.

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das Kapital unserer Abteilung**

Gleichfalls im Sinne von New Public Management wurde die Umsetzung der Mitarbeiterorientierungsgespräche in den einzelnen Abteilungen forciert. Zur Unterstützung gab es eventuell noch ausstehende Schulungen und die Skripten der MD-VA. Modernisiert wurde auch das Handling unserer Mitarbeiter/innenbefragung. Die Eingabe kann seit dem 4. Quartal 2002 mittels eines eigenen EDV-Werkzeugs online erfolgen. Damit kann nicht nur der Anonymität und der Erleichterung der Erhebung, sondern auch der Rationalisierung der Auswertungsmöglichkeiten Rechnung getragen werden. Eine Zunahme der Beteiligungsquote beweist die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme.

Im Jahr 2002 konnten drei auswärtige Seminare, die jeweils unter schwerpunktmäßig festgesetzten Themenkreisen standen, für unsere Führungskräfte abgehalten werden. Sie fördern nicht nur den Informationsfluss, der in der Folge auch in die einzelnen Abteilungen transportiert wird, sondern auch die Kommunikation untereinander. Großen Anklang fanden ferner die Informationsveranstaltungen zum Bedienstetenschutz. Eine Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ist nunmehr gezielt zu verfolgen.

**Öffentlichkeitsarbeit**

Großen Aufschwung erhielt in diesem Verwaltungsjahr das Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Im Sinne des Corporate Designs wurde ein eigenes MA 6-Logo von der Magistratsdirektion genehmigt, das nun einen einheitlichen Auftritt unserer Abteilung gegenüber den Bürger/innen und unseren Geschäftspartnern gewährleistet. Visitenkarten, Broschüren und andere Publikationen wurden entsprechend dem CD-Manual der Stadt Wien erstellt. Auch der Quartalsbericht, ursprünglich gedacht als Werkzeug zur Berichterstattung der Umstrukturierung und des Reformfortschrittes unserer Abteilung, konnte zu einer Mitarbeiter/innenzeitung im Printformat mit der Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit weiterentwickelt werden. Seit dem 2. Quartal 2002 wird jedem unserer Mitarbeiter/innen ein persönliches Exemplar zur Verfügung gestellt.

Delegationen aus China und Russland haben in diesem Jahr mehrfach unsere Abteilung besucht und damit das internationale Interesse am Rechnungswesen der Stadt Wien bewiesen.

**SAP-Einführung durch die MA 6**

Im Anschluss an den vom Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer am 23. Mai 2002 erteilten Auftrag zur Implementierung der betriebswirtschaftlichen Basisfunktionen mit SAP unter der Projektleitung der MA 6 im gesamten Magistrat, folgte eine Phase der organisatorischen Vorbereitung dieses Großprojekts, das einen Zeitrahmen bis 2009 umfasst. Zur Wahrnehmung des termintreuen Roll-outs und der fachlichen Weiterentwicklung wurde eine neue Dienstelle mit der Bezeichnung 6er-SAPport eingerichtet. Die Grobkonzeption der Projektdurchführung nach Geschäftsgruppen als Voraussetzung zur Breiten- und Tiefenentwicklung musste erstellt werden. Erste Schritte zu intensiven Schulungsmaßnahmen und zur Entwicklung eines Laborsystems sowie zur Erstellung eines Produkt- und Leistungsgruppenkataloges, dessen Mindestgliederung durch die MD-BC vorgegeben wurde, konnten gesetzt werden.

**Schwerpunkte im EDV-Bereich**

- Einsatz und Implementierung von eKESCH mit automatischer Euro- und Fremdwährungsumrechnung und automatischer Überleitung an die Buchhaltungsabteilung;
- Ausweitung der XML (eXtensible Markup Language)-Rechnungen für unsere Partner in der Wirtschaft;
- Vermehrt interessieren sich insbesondere Steuerberater für die Funktionalität der Übermittlung der Erklärungen zur Kommunalsteuer und Dienstgeberabgabe;
- Projekte auf dem Gebiet der Einnahmenverrechnung in Hinblick auf ein modernes Bürgerservice, eine verbesserte Rückstandsbetreuung und die Verrechnung der Pflegeheime;
- Ausweitung des Dokumentenroutings und Archivs, das derzeit von 2.400 Mitarbeiter/-innen magistratsweit genutzt wird.

**Folgendes haben wir uns für das kommende Verwaltungsjahr zum Ziel gesetzt:**

Unsere strategischen Ziele sind:

- SAP-Laborsystem, Definition der Mandantenstruktur, Vereinheitlichung der Anforderungen, Schulungen

- Ausbau und Homogenisierung des Intranet-Berichtswesen (Finanzinformationen)
- Balanced Scorecard für Basiskontrakt
- Balanced Scorecard für jede 6er-Dienststelle zur eigenen Qualitätssteuerung
- eVoting für mehr Demokratie und Mitbestimmung in der eigenen Abteilung
- Entwicklung des Kostenträgerrahmens für die Geschäftsgruppe Finanzen
- Vorbereitung eines einheitlichen SAP-Debitorensystems
- Einsatz der Standardsoftware Kredit-Manager für die Darlehensverrechnung
- Definition der besonderen Anforderungen einer zeitgemäßen Hausverwaltung an ein modernes Rechnungswesen
- Einrichtung einer Exekutions-Datenbank zur papierlosen Abwicklung der Inkasso- und Vollstreckungsaufträge
- Kostendeckende Führung des EuVD als Cost-Center
- Ausbau des PAM-Storage für automatische Rechnungslesung
- Nutzung des Dokumentenroutings für den Rechnungsworkflow
- Bankomat- und Kreditkartenanbindung an eKESCH
- Aktualisierte Dokumentation
- eLearning

Unsere operativen Ziele sind:

- Kompetente Kundenbetreuung und Fachbetreuung
- Senkung der Bearbeitungsdauer
- Verkürzung der Prozesse
- Forcierung moderner und einfacher Zahlungswege wie Einzug und EBPP (Elektronische Bill-Presentment und Payment)
- Leistungsgerechte Belastungsverteilung

## Wirtschafts- und Technologieentwicklung (MA 26)

### Zusammenlegung MA 26 und MA 27

Nach dem Abgang des bisherigen Abteilungsleiters der MA 26, wurde Herr OSR Dipl.-Ing. Peter Brodesser mit der interimistischen Führung der MA 26 zusätzlich zur MA 27 betraut, um ab 1. Jänner 2003 beide Abteilungen als MA 27, EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung, zu leiten. Es galt, ein Optimum an Synergien aufzubauen, die neue Aufbauorganisation auszuarbeiten und die Frage der räumlichen Unterbringung zu lösen.

### Arbeitsmarkt

Im Jahr 2002 wurden von der MA 26 monatliche Berichte und Analysen zur aktuellen Wiener Arbeitsmarktsituation sowie Schwerpunktberichte für das Stadtratbüro zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlinge und Bauberufe erstellt. Ab April 2002 wurden die Wiener „Sozialpartnergipfel" in Zusammenarbeit mit dem WAFF thematisch mit vorbereitet. Die von der MA 26 beim WIFO beauftragten Studien (z. B. „Analyse der Wiener Wirtschaftsaktivitäten" oder „Künftige Knappheit an Fachkräften in Wien") sind eine wichtige Grundlage bei der laufenden inhaltlichen Unterstützung der Wiener Stadtregierung. Die MA 26 unterstützt als beratender Partner das Equal-Projekt „Der Dritte Sektor in Wien" und vertritt als gemeinsamer Ländervertreter die Länder im Equal-Begleitausschuss.

### Fachhochschulwesen

Wegen der großen Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Wien war die Betreuung des Bereichs Fachhochschulen ein wichtiges Tätigkeitsfeld für die MA 26. Es umfasste die Abwicklung der Fachhochschul-Förderung, die Vorbereitungen für die Startfinanzierung von Studiengängen im Bereich Biotechnologie, Automotive und Kreative Industrien in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) und den Fachhochschulträgern sowie die laufenden Kontakte und den Erfahrungsaustausch mit dem Fachhochschulrat, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den anderen Bundesländern.

### Technologie – Innovation – Netzwerke – Cluster

Im Zuge der geplanten organisatorischen Veränderungen durch die Zusammenlegung mit der MA 27 per 1. Jänner 2003 wurde ein neu einzurichtendes Referat für Technologie und Cluster in der Abteilung aufgebaut. Der halbjährlich erstellte Statusbericht zur Wiener Innovations- und Technologiepolitik (Jänner und September 2002) gibt einen Überblick über die wichtigsten Projekte und Maßnahmen der Wiener Technologiepolitik sowie die beteiligten Akteure im Innovationssystem. Im Rahmen der Begleitung und Unterstützung bestehender Cluster setzte die MA 26 folgende Aktivitäten:

- Mitarbeit bei der Steuerung des **Automotive Cluster Vienna Region** (ACVR) in enger Abstimmung mit dem WWFF und ECO Plus.
- Mitglied im Kernteam, das zur Unterstützung des Clustermanagements dient.
- Vorsitz bei der Steuergruppe des Clusters, der die strategische Ausrichtung des Clusters mit Unternehmensvertretern abstimmt.
- Mitwirkung bei einem Strategieworkshop zur Festlegung der Ausrichtung des ACVR bis 2006 und der Formulierung von Zielen für das Jahr 2003.
- Unterstützung des **Biotechnologie-Clustermanagements** beim WWFF in enger Abstimmung mit den Fördereinrichtungen des Bundes (z. B. Innovationsagentur).
- Mitwirkung im Lenkungsausschuss des EU-kofinanzierten Projektes INKUBA, das Maßnahmen im Bereich Biotechnologie vorsieht.

Hinsichtlich der Analysen von Innovations- und Technologieschwerpunkten bzw. Technologie-Clustern wurden von der MA 26 folgende Schritte gesetzt:

- Analyse des wirtschaftlichen Potenzials von Teilbereichen eines Clusters im Bereich Kunst, Kultur und Unterhaltung („Creative Industries") in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft durch Konzeption und Durchführung einer Ausschreibung sowie Vergabe eines Forschungsauftrags für

eine Überblicksdarstellung des Bereiches Creative Industries sowie eine Clusterpotenzialanalyse in den Bereichen:
  - Musikwirtschaft
  - Audiovisueller Bereich (Film, Multimedia, . . .)
  - Graphik, Design, Mode, Internet, Multimedia
- Analyse der Bedeutung der Mikrosystemtechnik sowie Nanotechnologie für den Wirtschaftsstandort Wien. Durchführung eines Expertenworkshops. Beauftragung einer Studie zur empirischen Erhebung des Anwendungspotenzials dieser Technologie bei Wiener Unternehmen.
- Erstellung eines Berichts und Empfehlungen von Schwerpunkten einer Technologieförderung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie in Wien. Der Bericht diente als Grundlage für die Konzeption des Calls des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds bzw. des Zentrums für Innovation und Technologie ZIT.

Darüber hinaus erarbeitet die MA 26 ein Konzept für den Aufbau und das Prozessmanagement eines periodischen Berichtssystems für den Bereich Innovation und Technologie im Auftrag des Büros von Vizebürgermeister Rieder.

Zur Herstellung fachlicher Kontakte nahm die MA 26 an den Technologiegesprächen des Forums Alpbach sowie an der Konferenz „Innovation 2002" in Prag teil. Des Weiteren nahm die MA 26 an diversen Veranstaltungen zum Themenbereich Cluster, wie z. B. der oberösterreichischen Jahresclustertagung und einer Konferenz zum Thema Methoden zur Cluster- und Netzwerkentwicklung und an Expertengesprächen mit Vertretern der OECD zum Thema Innovation in der Stadtregion Wien – Bratislava teil.

**Wirtschaft allgemein**

General Agreement on Trade in Services (GATS)

Erstellung des Grundlagenpapiers mit einem Überblick über „Das GATS General Agreement on Trade in Services" und in weiterer Folge inhaltliche Gestaltung und Mitarbeit bei der Organisation eines Expertenhearings des FinA zum Thema GATS.

ÖkoKauf – AGENDA 21 – SUPer NOW

Zu erwähnen sind darüber hinaus die Teilnahme an Sitzungen der Lenkungsgruppe des ÖkoKauf-Projekts, die Mitarbeit im Agenda 21 Beirat der Stadt Wien, die Beurteilung von Studien(-vorschlägen) sowie die Vertretung der Wirtschaftsinteressen in der Strategischen Umweltprüfung für den Nordosten Wiens.

**Energiereferat**

Das Jahr 2002 war für das Energiereferat der MA 26, neben den inhaltlichen Aufgaben, die im Folgenden beschrieben werden, von intensiven organisatorischen Veränderungen geprägt. Im Rahmen der Zusammenlegung der MA 26 mit der MA 27 wurde in der MA 27 eine eigene Stabstelle Energie eingerichtet sowie die Funktion eines Energiebeauftragten für das Land Wien neu geschaffen. Mit dieser Neubildung wurden diesem Bereich auch eine Reihe von z. T. neuen Aufgaben durch den Erlass des Magistratsdirektors zugewiesen. Im vierten Quartal 2002 hat das Energiereferat die vorgesehenen Dienstposten besetzt. Zurzeit sind in dieser neuen Stabstelle drei Mitarbeiter (inklusive dem Energiebeauftragten) beschäftigt.

Inhaltlich war das Jahr 2002 geprägt von der Trennung des ElWOG 2000 in ein reines Liberalisierungsgesetz und in ein Fördergesetz, dem Ökostromgesetz und der damit für die Stadt Wien geleisteten Vertretungsarbeit auf Länder- und Bundesebene. Bei dieser Änderung hatte die Stabstelle Energie eine zentrale Rolle und hauptverantwortlich die Strategie und Positionen entwickelt und dann auch im Verhandlungsprozess durchgesetzt. Diese markante Änderung ist für Wien von besonderer Bedeutung, da die bisherige Regelung der Förderung ausschließlich auf Landesebene zu einer schweren Wettbewerbsbenachteiligung auf Grund des hohen KWK-Anteils in Wien geführt hat. Das nun erreichte Ergebnis führt zu einer Vereinheitlichung der Förderbedingungen und der damit verbundenen finanziellen Belastung. Damit sinken die Kosten für den Wiener Endkunden. Gleichzeitig lösen sich damit auch Abgrenzungsprobleme bei landesgrenzenüberschreitenden Verteilnetzgebieten auf.

Da bis zur Beschlussfassung des Ökostromgesetzes unklar war, ob ein Kompromiss möglich ist, hat die Stabstelle Energie die notwendige Verordnung, mit der die Landesförderung bestimmt wird, im ersten Halbjahr 2002 fertig entwickelt und beschlussfähig abgestimmt. Auf Grund der gefundenen Bundeslösung wurde diese Verordnung dann nicht mehr in Kraft gesetzt. Ebenso wurden die mit der bisherigen Förderung verbundenen Kontrollaufgaben bezüglich der Endkundenzuschläge durchgeführt und gemeinsam mit der MA 64 abgerechnet. Die Stabstelle Energie hat 2002 auch die ebenfalls in gleichem sachlichem Zusammenhang stehenden Beschwerden bei der Wettbewerbskommission sowie beim Verfassungsgerichtshof mit betreut.

Ein weiteres Aufgabenfeld war die intensive Öffentlichkeitsarbeit, bei der in einer Reihe von Veranstaltungen auf die besondere Situation Wiens und im Speziellen auf die für die Umwelt und Energiepolitik so wesentliche Kraft-Wärme-Kopplung hingewiesen wurde.

Auf internationaler Ebene ist im Arbeitsbericht des Energiereferats vor allem das Lobbying bei der neuen europäischen KWK-Richtlinie zu nennen. Diese Richtlinie, die für das Jahr 2003 erwartet wird, stellt in Zukunft den internationalen Rahmen für die Förderung dieser Technologie und betrifft daher Wien ganz besonders.

Seit Dezember 2002 stellt das Energiereferat neben dem Wiener Vertreter im Elektrizitätsbeirat nun auch den Erdgasbeirat. Damit ist eine effiziente Vertretung mit magistratsinternen Mitarbeitern in Zukunft gegeben.

# Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener

Im Bereich Förderungen hat das Energiereferat mit der Entwicklung der Förderrichtlinien für den Ökostromfonds, der in der MA 27 angesiedelt ist, begonnen und wird die damit verbundene Abstimmung mit ÖKK, WWFF und WWTF im ersten Quartal 2003 abschließen.

Auf Grund der Umstrukturierung und den neuen Ökostromfonds kam es 2002 zu einer Änderung im Bereich der Solarförderung. Hier hat das Energiereferat die Förderrichtlinien auf Basis der inzwischen gewonnenen Erfahrungen adaptiert und eine Verlängerung der Förderung beantragt. Die operative Abwicklung bleibt aber weiterhin bei der MA 25.

Im Herbst hat das Energiereferat auch an der Entwicklung einer neuen Fernwärmeförderung mitgearbeitet. Hier hat die Federführung die MD-KLI übernommen, da es sich dabei um ein Ergebnis des Klimaschutzkonzeptes handelt. Eine Entscheidung über die neue Fernwärmeförderung ist ebenfalls in der ersten Jahreshälfte 2003 zu erwarten. Das Energiereferat arbeitet intensiv mit der MA 64 und der MD-KLI zusammen.

Ein weiterer Punkt war die Mitarbeit der Stabstelle Energie in Arbeitskreisen. Hier ist besonders der Arbeitskreis Biomassekraftwerk zu erwähnen, dessen Ergebnisse unmittelbar zu den Verhandlungsergebnissen der neuen Mindestpreisverordnung geführt haben.

Ein letzter, aber vom zeitlichen Aufwand nicht unwesentlicher Punkt, ist die Erstellung von Positionspapieren, Berichten und Stellungnahmen zu politischen Anfragen sowie allgemein die Beratung in Energiefragen, sowohl für die Entscheidungsträger, als auch für interessierte Bürger mit Fragen zum Thema Energie.

## EU-Förderungen (MA 27)

### Förderperiode 2000–2006

In der aktuellen Förderperiode wurden insgesamt acht Förderprogramme von der Europäischen Kommission für Wien genehmigt. Die Hauptaufgabe der MA 27 im Jahr 2002 galt der beginnenden Umsetzung dieser EU-Förderprogramme und ihrer Kofinanzierung aus den Strukturfonds.

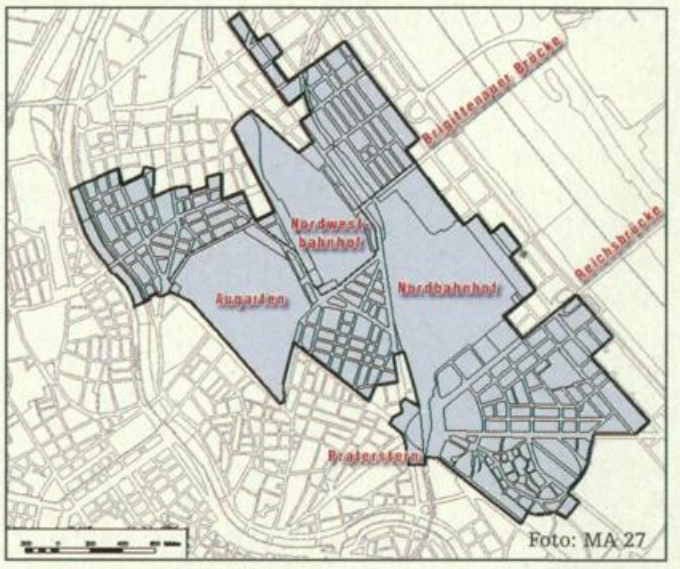
### Ziel 2-Wien

Am 13. Juli 2001 hat die Europäische Kommission das Ziel 2-Programm für Wien (Teile des 2. und 20. Bezirkes) endgültig genehmigt.

Maßnahmen von Ziel 2-Wien

Um die Schwachpunkte im Ziel 2-Gebiet zu beheben, sollen folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Entwicklung der lokalen Struktur (stadtplanerische Maßnahmen): Maßnahmen im Bereich der Stadtplanung, Stadterneuerung und Stadtsanierung, materielle Infrastruktur;
- Wettbewerbsfähige Unternehmen als Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen (wirtschaftliche Maßnahmen): Maßnahmen für Gründungen, Erweiterungen und Modernisierungen von kleineren und mittleren Betrieben, Forschung und Innovation;
- Gesellschaft und Humanressourcen (soziale Maßnahmen): Maßnahmen für die Erhaltung und Verbesserung von Arbeitsplätzen, Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Maßnahmen zur Förderung der Integration und Chancengleichheit (Sämtliche Projekte müssen in engem Zusammenhang zum Arbeitsmarkt stehen).




*Förderungsgebiet im Rahmen von Ziel 2-Wien.*

Verwaltungsbehörde MA 27

Ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des EPPDs (einheitliches Programmplanungs-Dokument) erfolgt die gesamte Abwicklung ausschließlich im Mitgliedsstaat. Eine Überprüfung durch die Kommission erfolgt durch den jährlich stattfindenden Begleitausschuss bzw. für die Steuerung der Mittelflüsse durch das laufende Monitoring, für das in Österreich der ERP-Fonds zuständig ist.

Die Europäische Kommission verlangt daher, dass für die Realisierung von Ziel 2 jeweils eine Verwaltungsbehörde benannt wird. Diese Verwaltungsbehörde ist für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel, die Realisierung der Maßnahmen und deren Abrechnung verantwortlich. Für Ziel 2-Wien ist das die MA 27. Zur Unterstützung gibt es ein Ziel 2-Büro.

Zeitplan

Die Projekte müssen bis Ende 2006 vertraglich gebunden und bis spätestens Mitte 2008 realisiert sein. Ziel 2-Wien muss bis Ende 2008 mit Vorlage der Endabrechnung abgeschlossen sein. Wenn diese Vorgabe nicht eingehalten wird, müssen Mittel an die Europäische Kommission zurückgezahlt werden.

Programmumsetzung

Die Arbeiten in Ziel 2-Wien gingen zügig voran. Zwei Begleitausschüsse und sechs Beiratsitzungen haben stattgefunden, in denen mehr als 30 Projekte genehmigt wurden. Die bereits genehmigten Projekte nahmen ihre Arbeit auf und sind bereits sehr engagiert in der Umsetzung.

**URBAN II Wien-Erdberg**

Das PGI (Programm von Gemeinschaftsinitiativen) wurde am 16. November 2001 von der Europäischen Kommission genehmigt und am 22. November 2001 durch die Unterschrift des zuständigen Kommissars Barnier im Wiener Rathaus feierlich bestätigt. Auch für dieses Programm stellt die MA 27 die Verwaltungsbehörde.

Maßnahmen von URBAN II-Wien

Um die Schwachpunkte im URBAN II-Gebiet zu beheben, werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Prioritätsachse 1 – Entwicklung der Wirtschaft des URBAN-Standortes (ENTWISTAN)
  - Förderung von Kleinunternehmen
  - Einrichtung eines Stadtteilmanagements
- Prioritätsachse 2 – Entwicklung der urbanen Vielfältigkeit (URBAVIEL)
  - Forcierung von Einrichtungen zur Betonung einer vielfältigen urbanen Stadtteilstruktur sowie Integration ethnischer Gruppen, Migrant/innen und Flüchtlinge im Hinblick auf Chancengleichheit
  - Umgestaltung und Adaptierung des öffentlichen Raumes, Hebung der Umwelt-, Wohn, und Lebensqualität und Erhaltung des kulturellen Erbes
- Prioritätsachse 3 – Technische Hilfe (TECHIL).

In der Folge fand der Aufruf zur Ideenfindung für Projekte statt. Eine Annonce in den wichtigsten Tageszeitungen, die zum Einreichen von Projekten animieren sollte, brachte wenig Erfolg. Es bedurfte einer zielgerichteten Informationsarbeit, um Projektideen anzuregen. Auch eine **Informationsveranstaltung** im Gasometer, bei der Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder die Eröffnung vornahm, trug zur Einreichung förderfähiger Projekte bei.

**Behebung der Hochwasserschäden**

In Ermangelung eines Katastrophenfonds (inzwischen ist ein Solidaritätsfonds gegründet worden) genehmigte die Europäische Kommission, Mittel aus den Strukturfonds für die Behebung der Hochwasserschäden nutzen zu dürfen. In Wien werden Mittel aus URBAN II und Ziel 2 dafür verwendet, das Entlastungsgerinne von Treibgut zu befreien und durch Reinigung bzw. Renovierung den vorherigen Zustand wiederherzustellen.

**INKUBA**

Unter dem Titel „INKUBA – Innovatives Kommunikationsnetz für Unternehmen, Business und Ausbildung" wurde ein umfassendes Innovationsprojekt im Schwerpunktfeld Biotechnologie eingereicht und von der Kommission genehmigt. Dabei ist der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) der Endbegünstigte und die MA 27 die Verwaltungsbehörde. Es zeichnet sich durch folgende Aktivitäten bzw. Modalitäten aus:

Die finanziellen Gesamtaufwände dieses Projekts belaufen sich auf knapp 6 Mio. EUR. Die Gemeinschaftsbeteiligung beträgt 46 Prozent der Gesamtkosten, das sind 2,7 Mio. EUR. Das Programm hat eine Laufzeit von zwei Jahren, d. h. die im Folgenden kurz beschriebenen Maßnahmen wurden bzw. werden 2002 und 2003 durchgeführt.

Zielsetzungen von „INKUBA"

Steigerung der Unternehmensgründungsraten in der Biotechnologie durch effizientes Clustermanagement. Folgende Maßnahmen werden durchgeführt:

- Aktivitäten zur wirtschaftlichen Ausbildung an den Universitäten und Fachhochschulen
- Direkte Akquisition von Forschungsprojekten an den Universitäten
- Finanzierung bzw. Unterstützung beim Generieren von Finanzierungen von innovativen Forschungsprojekten in der Pre-Seed Phase
- Unterstützung bei der Erstellung von Organisation und Finanzstruktur
- Hilfestellung bei IPR (Intellectual Property Rights)
- Unterstützung bei der Suche nach Kooperationspartnern
- Hilfestellung bei Verwaltungsabläufen
- Abhalten von Awarenessveranstaltungen an den Universitäten
- Errichtung von Unternehmensgründungs-Servicestellen an den Universitäten
- Bereitstellung von Seedkapital für Biotech-Start-ups: Dabei wird ein Biotech-Seed Fonds aufgesetzt, da sich gerade im Biotechnologiesektor zeigt, dass in der Vorgründungs- und Gründungsphase Investitionen von bis zu 0,5 Mio. EUR pro Vorhaben notwendig sind, die derzeit am freien Markt nicht lukrierbar sind.
- Erstellung und Durchführung von Ausbildungsmodulen in der Biotechnologie: Hier sollen kurzfristigere Ausbildungsmodule (Dauer ca. zwei Semester) im Bereich der Medizin- und Biotechnologie zur Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs etabliert werden. Ansprechpersonen sind vor allem Menschen, mit einschlägigen Vorkenntnissen, um der Kurzfristigkeit der Ausbildung zu entsprechen.

Mit Ende des Jahres 2002 konnten bereits vier Projekte genehmigt werden.

**INTERREG III A (Bilaterale Zusammenarbeit)**

Nach langen, zähen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, die der Interventionen des Wiener Bürgermeisters und des Bundeskanzlers bedurften, ist die volle Förderfähigkeit für Wien nicht nur im Programm mit der Slowakei, sondern auch mit Ungarn und Tschechien gesichert. Die Verwaltungsbehörde ist in allen drei Programmen das Österreichische Bundeskanzleramt. Neben Wien sind auch noch die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich beteiligt, von Seiten der MOEL-Staaten jeweils die grenznahen Provinzen/Kommitate um Györ, Brno und Bratislava. In INTERREG III A haben mit allen beteiligten Staaten, nämlich Slowakei, Tschechien und Ungarn Lenkungsausschüsse stattgefunden, die bereits über 30 Projekte genehmigten.

Small-Project-Fund (SPF)

Der SPF ist ein Unterprogramm von INTERREG III A, bei dem Kleinprojekte bis zu 15.000 EUR gefördert werden. Ziel dieser Projekte ist, durch die Intensivierung von zwischenmenschlichen Kontakten über die Grenzen hinweg, Ängste und Vorurteile ab- und das Verbindende nachhaltig aufzubauen.

Der erste Call erfolgte im September 2001 durch eine Ausschreibung in den wichtigsten Tageszeitungen. 20 Projekte wurden aus den Einreichungen genehmigt. Für den zweiten Call mit einer Einreichfrist bis 13. Dezember 2002 wurden 46 Projekte eingereicht, deren Bewertung im Jänner 2003 beendet sein wird.

**INTERREG III B – CADSES**

INTERREG III B CADSES (Transnationale Zusammenarbeit im Central, Adriatic, Danubian and South-Eastern European Space) umfasst in der neuen Programmplanungs-Periode die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Italien und Griechenland sowie den Mittel- und Südosteuropäischen Staaten. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, großräumig (transnational) zusammen zu arbeiten. Die Verwaltungsbehörde INTERREG III B – CADSES hat ihren Sitz in Rom, während ein technisches Sekretariat in Dresden angesiedelt ist. Die MA 27 ist in diesem Programm neben Athen eine nominierte Stelle der Projektberatung (= CADSES Contact Point). Diese Tätigkeit wird von einer griechischen Mitarbeiterin bestritten.

Für den 1. „Call for Proposals" wurden bis zum Einreichschluss am 31. Juli 2002 insgesamt 88 Projekte eingereicht. Diese – mitunter sehr umfangreichen – Projektvorschläge mussten von der MA 27 begutachtet werden. Das Vorprüfungsverfahren konnte durch das Gemeinsame Technische Sekretariat in Dresden mit 20. September 2002 abgeschlossen werden. Von diesen 88 Projekten kamen 34 in die Vorauswahl, davon sind 11 österreichische und davon zwei – nämlich UTN (Urban Technologies Network) und Kater (Karst Water Research Programm) – Projekte mit Wiener Federführung.

**INTERREG III C**

Mit INTERREG III C (Interregionale Zusammenarbeit) wurde in der neuen Programmplanungsperiode erstmals die Möglichkeit geschaffen, EU-weit, unter Einbindung der Kandidatenländer und Drittstaaten (interregional), zusammen zu arbeiten. Zur leichteren Administrierbarkeit wird ganz Europa in die Quadranten Nordost, Nordwest, Osten und Süden aufgeteilt. Eine intensive Zusammenarbeit der vier Gebiete wird angestrebt. In fünf Themenfeldern können dann drei Projekttypen eingereicht werden:

Erfahrungsaustausch in:
- Ziel 1 + Ziel 2
- URBAN
- INTERREG
- Innovative Maßnahmen
- Sonstigen

Drei Projekttypen:
- Regionale Rahmenkooperationen (Kleine Operationelle Programme)
- Individuelle Kooperationen auf der Ebene der Projekterfahrungen
- Allgemeine Netzwerke

Das Programm soll in drei Phasen realisiert werden:
- Pilotphase: 2001, 2002
- Implementierung: 2003, 2004
- Endphase: 2005, 2006

Die MA 27 ist in dieser Periode Verwaltungsbehörde für das Programm INTERREG III C East. An der Einrichtung eines Joint Technical Secretariats (JTS), das die Betreuung INTERREG III C East übernehmen sollte, wurde intensiv gearbeitet. Die Besetzung des internationalen Joint Technical Sekretariates (JTS) INTERREG IIIC East wurde im August in einer Annonce ausgeschrieben. Vier Posten standen zur Disposition: Head of JTS, Communication Officer, Operating Officer und Finance Officer. Das Auswahlverfahren war mehrstufig: In einer ersten Phase bekamen Interessenten die Bewerbungsunterlagen zugesandt. Von den 366 Interessenten bewarben sich 151 – meist hochqualifizierte – Personen aus insgesamt 20 Ländern. Die Auswahl wurde von der MA 27 gemeinsam mit Vertreter/innen der Mitgliedstaaten Deutschland, Italien, Griechenland und Österreich getroffen. Im JTS II C East sind seit November des Jahres 2002 vier Mitarbeiter/innen aus Italien (1), Deutschland (1) und Österreich (2) tätig. Der erste Call for Proposals erfolgte am 10. Oktober 2002 mit einer Einreichfrist für den 10. Januar 2003.

**Eurocities, Meeting Culture und EDUR Committee**

Am 20. und 21. Juni fand ein Meeting der beiden Eurocities-Committees für Culture und EDUR (Economic Development and Urban Regeneration) im Rathaus statt, die von den beiden in den Komitees vertretenen Magistratsabteilungen, MA 26 und MA 27, organisiert wurde. „Creative Industries", „City Promotion" und „City Development" waren die Themen, denen zahlreiche Diskussionen folgten. Die gemeinsame Tagung war ein großer Erfolg und ließ erkennen, dass eine weitere Zusammenarbeit die Positionierung der Städte im europäischen Kontext optimieren kann.

**EU-Förderreferent/innen**

Auch 2002 wurden die EU-Förderreferent/innen der Abteilungen weiterhin umfassend betreut. Das Angebot reichte von Schulungen und Workshops über Informationsaussendungen bis zu persönlichen Beratungsgesprächen. Dennoch wird die Möglichkeit, die budgetäre Situation mit EU-Fördermitteln zu verbessern, von den Fachabteilungen noch nicht ausreichend wahrgenommen.

# Stadtwerke

## Städtische Friedhöfe (MA 43)

### Hoheitsbereich

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 25. Oktober 2001, Pr.Z. 86/01 GFW, wurden neben kleinerer Änderungen des Tarifs für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien die seit dem 15. Februar 1996 unverändert geltenden ATS-Entgelte mit Wirksamkeit 1. Februar 2002 durch abgerundete EUR-Entgelte ersetzt. Gleichfalls wurden vom Wiener Gemeinderat mit Beschluss am 25. Oktober 2001, Pr.Z. 90/01 GFW, einige Bestimmungen der Friedhofsordnung der Stadt Wien neu formuliert und sind mit Wirksamkeit 1. Jänner 2002 in Kraft getreten.

### Organisations- und Strukturmaßnahmen

Am 15. Juli 2002 wurde Dipl.-Ing. Erhard Rauch mit der Leitung der MA 43 betraut. Im Einklang mit dem Untersuchungsbericht der Firma IBB und unter Berücksichtigung des Konzepts zur Führung der MA 43 vom 13. Februar 2002 wurden schwerpunktmäßig folgende Organisations- bzw. Strukturmaßnahmen in die Wege geleitet:

- Das Organigramm der MA 43 wurde überarbeitet und neu gestaltet. Die Leitung des EDV-Referats wurde ausgeschrieben und neu besetzt, ebenso das Referat für Controlling und Kostenrechnung.
- Es wurde eine neue Projektleitung für das Projekt FIM im Einvernehmen mit der MA 14 eingesetzt.
- Auf dem Personalsektor wurden die angestrebten Einsparungen erzielt (minus 16,41 Jahresbezüge), gleichzeitig wurde durch flexiblere Arbeitszeiten und verbesserte Arbeitsabläufe die Effizienz erhöht (Insourcing, Maschineneinsatz, etc.).
- Die Öffentlichkeitsarbeit wurde forciert. Ein Friedhofsinformationstag wurde veranstaltet und soll zur ständigen Einrichtung in den Bezirken werden. Auf den Friedhöfen selbst werden die Serviceleistungen (ebener Zugang, kurzzeitige Grabschließung, etc.) für die Kunden laufend verbessert.
- In den Betrieben Städtische Friedhofsgärtnerei und Städtische Steinmetzwerkstätte wurden ebenfalls die geplanten Personaleinsparungen durchgeführt, gleichzeitig wurden Verbesserungen in Marketing und Vertrieb in die Wege geleitet, wodurch bereits eine wesentliche Verbesserung der Ergebnisse für beide Betriebe gegenüber den Vorjahren erzielt werden konnte.

### Beerdigungstätigkeit

Im Jahre 2002 wurden in den Wiener Städtischen Friedhöfen 17.592 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 2001 eine Steigerung um 627 Fälle bedeutet. Konkret wurden 13.759 Sarg- und 3.833 Leichenaschenbestattungen (einschließlich der 875 vorgenommenen amtswegigen Leichenaschenbestattungen) vorgenommen. Bei den von Kunden beauftragten Bestattungen blieb der Anteil der Feuerbestattungen in Bezug auf die Gesamtanzahl der beauftragten Bestattungen unverändert bei 17,7 Prozent.

Von den insgesamt 17.592 Bestattungen fielen 14.184 oder 80,4 Prozent auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.623 oder 9,2 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 173 oder 0,98 Prozent auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 737 oder 4,2 Prozent auf Beerdigungen von Verstorbenen gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofs.

Im Jahre 2002 wurden 615 Särge (2001: 633) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, und 260 Särge mit bei Operationen entfernten Körperteilen (2001: 239) feuerbestattet. In 20.036 Fällen wurden Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, was eine Verringerung um 1.445 entspricht, in 1.304 Fällen wurden insgesamt 3.735 Verstorbene exhumiert. Wie in den letzten Jahren wurde auch 2002 die Erfassung der Gräber- und Verstorbenendaten in die EDV (WIFIS) fortgesetzt.

### Tätigkeiten auf bautechnischem Gebiet

Auf sämtlichen Städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer Wien 10., wurden laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz, sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt.

Am Friedhof Neustift wurden die Arbeiten zur Herstellung einer neuen Arbeiterunterkunft „Gärtnerei" begonnen, am Friedhof Süßenbrunn konnte die neue Aufbahrungshalle samt Vorplatz fertiggestellt werden. In der Simmeringer Feuerhalle wurde neben der Neuzustellung des Ofen I und Kehrung der Öfen II und VI sowie der Anschaffung einer neuen Knochenmühle die Lüftungsanlage des Krematoriums erneuert.

Wiener Zentralfriedhof

Im Anschluss an die beiden Bauphasen der **Restaurierung der Lueger Kirche** wurde als dritte Phase mit der Generalinstandsetzung der benachbarten Columbarien begonnen. Am Beginn dieser Bauphase standen die vordringlichen Sicherungs- und Trockenlegungsmaßnahmen. So wurden die Gruftdecken in den Arkadenbereichen gesichert und durch eine neue Stahlfaserbetondecke verstärkt. Die Stützmauern der Lichtgräben an den Hinterseiten der Gebäude wurden abgestützt.

An den Eckpylonen (Eckbauteile) und am Mittelrisalit wurde das Mauerwerk durchtrennt und eine nachträgliche horizontale Feuchtigkeitsabdichtung eingebracht. In diesem Zusammenhang wurde in den durch Feuchtigkeitseintritt stark in Mitleidenschaft gezogenen Bereichen (100 Prozent der Untergeschoße und Teile der Erdgeschoße) der schadhafte Putz entfernt und das Mauerwerk zur besseren Trocknung vorläufig unverputzt gelassen.

Als begleitende Maßnahmen wurden in den Arkadenbereichen die historischen Steinzeugplatten

# Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener

## Zugang der gewidmeten Grabstellen im Jahre 2002:

| Name der geehrten Persönlichkeit | Beerdigungsdatum | Grabstelle | Art der Widmung |
|---|---|---|---|
| **Friedhof Hernals** | | | |
| Bock Hans, Vizebürgermeister a. D. | 23. August 2002 | A-2–G4 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer |
| **Urnenhain Simmeringer Feuerhalle** | | | |
| Käs Ferdinand, Sektionschef a. D. | 2. September 1988 | MH–368 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| **Wiener Zentralfriedhof** | | | |
| Ander Otto Prof., Theaterleiter | 20. August 2002 | 40–92 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer |
| Charoux Siegfried Prof., Akademischer Bildhauer | 13. Juni 1977 | 40–45 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Endler Franz Dr., Journalist | 16. April 2002 | 40–94 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer |
| Federmann Reinhard Prof., Schriftsteller | 9. Februar 1976 | 40–42 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Friedrich Karl, Kammersänger | 15. November 1981 | 40–141 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Fuchs Robert, Prof, Akademischer Maler | 18. Februar 1981 | 40–140 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Gunsam Karl Josef Prof., Akademischer Maler | 10. November 1972 | 40–2 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Heinz Heinrich, Bezirksvorsteher a. D. | 11. Februar 1998 | 40–62 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Heinzl Hans Peter, Kabarettist | 11. September 1996 | 40–177 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Hirschmann Mauritius, Journalist und Schriftsteller | 19. Mai 1967 | 40–15 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Hruska Karl, Kabarettist | 14. Jänner 1970 | 40–23 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Keller-Bacon Anna, Chansonsängerin und Schauspielerin | 16. November 1977 | 40–53 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Kemmer Joachim, Schauspieler | 9. Mai 2000 | 40–98 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Konradi Inge Prof., Kammerschauspielerin | 20. Februar 2002 | 33G–31 | Ehrengrab |
| Leskoschek Albert Dr., Akademischer Maler | 25. Februar 1976 | 40–43 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Langer Friedrich Dr. HR, ehem. Pressechef BMU | 19. September 2002 | 40–91 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer |
| Merkel Georg Prof., Akademischer Maler | 3. Dezember 1976 | 40–47 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Moratti Rudolf, Bildhauer | 16. März 2000 | 40–99 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| NS-Kinderopfer, „Am Spiegelgrund" | 28. April 2002 | 40–22/23–1 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme |
| Schächter Friedrich Prof., Konstrukteur | 20. September 2002 | 40–93 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme |
| Schöffler Paul, Kammersänger | 2. Dezember 1977 | 40–54 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Short-Pichler Gusti, Primaballerina | 26. April 1978 | 40–56 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Verkauf-Verlon Willy Prof., Autor | 3. März 1994 | 40–167 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Wagner Richard Dr., Kinderfacharzt | 4. September 1979 | 40–58 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Wegrostek Oskar, Schauspieler | 16. Juni 1972 | 40–31 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Grete Wiesenthal, Tänzerin | 26. Juni 1970 | 55A–13 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Winterer Franz, Generalmajor a. D. | 15. November 1971 | 40–6 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |
| Wolfsecker Amalia, Wienerlieder-Sängerin | 30. Dezember 1977 | 13B-1–23 | Ehrenhalber auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme |
| Zobl Wilhelm Dr., Komponist | 11. April 1991 | 40–164 | Inobhutnahme der bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle |

ausgelöst und zwischengelagert sowie Grabaufbauten demontiert und nach erfolgter Gruftdeckensanierung wiederversetzt.

**Tätigkeiten auf gartenbautechnischem Gebiet**

Bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen wurden 208 Bäume und 2.053 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. 2.966 Bäume wurden durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet. 428 Bäume mussten aus dem Bestand genommen werden, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Neben dem Formschnitt bei 148.262 lfm Hecken wurden 1.205 lfm. wegen Überalterung gerodet. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 507 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig.

Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Feuerhalle Simmering, des Friedhofs Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurde die Betreuung der Kriegsgräberanlagen in den Städtischen Friedhöfen fortgesetzt. Im Zuge der Errichtung einer Gedenkstätte für die sogenannten Anatomie-Opfer wurde ein Teil der Gruppe 40 (1.638 m²) des Wiener Zentralfriedhofs mit neuem Rasen ausgestaltet.

Die jährlich durchgeführte Säuberung des Wiener Zentralfriedhofs umfasste im Jahr 2002 eine Gesamtgrabfläche von 784.351 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofs umfasste eine Fläche von 346.579 m². Die verwahrlosten Grabstellen (ca. 60.000) des Wiener Zentralfriedhofs wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes zu erreichen.

Neben 35.729 Pflegeaufträgen sowie 57.148 Schmückungsaufträgen an Grabstellen wurden in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Anlagenpflegearbeiten durchgeführt. Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 2002 gegenüber den Preisen von 2001 um ca. 1,5 Prozent bis 2,2 Prozent erhöht.

Von der Städtischen Friedhofsgärtnerei wurde neben der Herstellung von Kranzgebinden die Aufzucht von ca. 1.040 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

**Widmungen**

Aus der Tabelle „Zugang der gewidmeten Grabstellen" ist ersichtlich, welche Gräber von verdienten Persönlichkeiten als Ehrengräber (auf Friedhofsdauer) vergeben wurden, bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen sowie nur ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet wurden.

## Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)

Die Hauptarbeit der Abteilung umfasst drei Tätigkeitsfelder:

- Ermittlung von Daten durch Erhebungen und Gewinnung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug
- Aufbereitung und Analyse der Daten
- Veröffentlichung von aggregierten Daten in Print- und EDV-Medien.

**Ermittlung und Gewinnung von Daten**

Die bei der **Volkszählung 2001** ermittelten Rohdaten wurden in der Statistik Austria noch einer Reihe von Überprüfungen unterzogen. Da bei der Volkszählung 2001 ein Abgleich mit den Meldedaten erfolgte, wurden Personen, bei denen die Wohnsitzangaben im Melderegister und bei der Volkszählung unterschiedlich waren, zu Klärungsfällen. Personen mit mehr als einem Hauptwohnsitz wurden als Doppelzählungen registriert, eine Erfassung musste gestrichen werden. Ersatzausfüllungen für vorübergehend abwesende Personen wurden überprüft und „Karteileichen" eliminiert. Neben diesen Korrekturen waren noch die Reklamationsverfahren zu berücksichtigen. Auf Grund dieser Verfahren traten noch geringfügige Veränderungen zwischen den Rohdaten und den endgültigen Daten auf.

**Vergleich Rohdaten und endgültige Daten für Wien**

| Wohnsitzsituation | Rohdaten | endgültige Daten |
|---|---|---|
| Personen mit Hauptwohnsitz | 1.562.482 | 1.550.123 |
| Personen mit Nebenwohnsitz | 197.374 | 202.242 |

Wien blieb bei der Volkszählung 2001 das bevölkerungsreichste Bundesland in Österreich knapp vor Niederösterreich.

Die **laufende Datenermittlung** der Abteilung umfasste im abgelaufenen Jahr primärstatistische Erhebungen in den Bereichen Mikrozensus, Wohnbau-, Preis-, Tourismus- und Kulturstatistik. Sekundärstatistische Datengewinnung erfolgte vor allem in der Bevölkerungs-, Schul-, Gesundheits-, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmarktstatistik.

**Aufbereitung und Analyse der Daten**

Erst als die Statistik Austria im Herbst 2002 die endgültigen Daten der Volkszählung zur Verfügung stellte, konnte in der Abteilung mit der Datenanalyse begonnen werden. Binnen kürzester Zeit wurden Tabellen über die Wiener Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz erstellt und für

die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Mit der Analyse der Detailergebnisse der Volkszählung 2001 wurde begonnen.

Die Arbeiten an dem **Zeitreihenprojekt Wien 1945 bis 2000** wurden weitergeführt und die Sachgebiete Bevölkerung, Konfession, Gesundheit und Umwelt analysiert. Das von der Abteilung beauftragte und von der EU kofinanzierte **Projekt „Bereitstellung von sozial- und wirtschaftsstatistischen Basisdaten"** wurde fortgesetzt und ein erster Zwischenbericht vorgelegt. Dieser Zwischenbericht beinhaltet demografische sowie wirtschafts- und sozialstatistische Daten und Indikatoren für das aus Teilen des 2. und 20. Bezirks bestehende Ziel 2-Gebiet, teilweise auch auf Ebene von Zählbezirken. Die Regionalergebnisse wurden zum Wiener Durchschnitt jeweils in Bezug gesetzt.

Infolge der großen Nachfrage nach wirtschaftsstatistischen Datengrundlagen wurde eine neue **Analyse des Wirtschaftsstandortes Wien** vorgenommen.

**Veröffentlichung von Daten**

Das in Tabellen und Grafiken aufbereitete Datenmaterial wird in einer Reihe von Publikationen und im Internet angeboten. Im **Statistischen Jahrbuch** erfolgt ein umfassendes Datenangebot über alle Bereiche Wiens. Das **Statistische Taschenbuch** bietet ausgewähltes Datenmaterial über Wien an. Der Folder **Wien in Zahlen** liefert ein Grundgerüst von Daten über Wien. Die **Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien** haben vor allem Fachartikel mit Datenanalysen zum Inhalt. Das Statistische Jahrbuch und das Taschenbuch wurden nun auch von der Innenausgestaltung den Layoutvorgaben des neuen Corporate Design der Stadt Wien angepasst. Außerdem wurde damit begonnen, die angebotenen Statistiken hinsichtlich der Begriffe, des Tabellenlayouts usw. zu vereinheitlichen.

In den Statistischen Mitteilungen wurde auf Grund der großen Nachfrage nach Wirtschaftsdaten als **Sonderheft „Der Wirtschaftsstandort Wien in Zahlen"** innerhalb von zwei Jahren ein zweites Mal herausgegeben. Die Broschüre wurde zweisprachig (deutsch/englisch) in Kooperation mit der Magistratsdirektion-Auslandsbeziehungen produziert. Weiters ist der zweite Zeitreihenband mit den Bereichen Bevölkerung, Konfession, Gesundheit und Umwelt erschienen. Für die Drucklegung sämtlicher Publikationen wurde das in der Mustermappe von ÖkoKauf Wien empfohlene **ökologische Druckpapier** verwendet.

**Tabellen- und Grafikangebot 2001–2002**

| Datenangebot | Tabellen | | Grafiken | |
|---|---|---|---|---|
| | 2002 | 2001 | 2002 | 2001 |
| Statistisches Jahrbuch | 456 | 462 | 62 | 51 |
| Statistisches Taschenbuch | 166 | 165 | 23 | 22 |
| Wien in Zahlen | 26 | 26 | 8 | 8 |
| Internet | 121 | 130 | 26 | 26 |
| **Zusammen** | **769** | **783** | **119** | **107** |

Obwohl das Angebot an Tabellen im Internet gegenüber dem Vorjahr (2001: 130 Tabellen, 2002: 121 Tabellen) geringfügig verringert wurde, erhöhte sich die Zahl der Internetzugriffe von 259.377 im Jahr 2001 auf 318.496 im Jahr 2002. Das **Internetangebot** erfuhr aber insofern eine Erweiterung als nunmehr alle Tabellen auch im rtf-Format, das für Sehbehinderte und Blinde die Lesbarkeit gewährleistet, zur Verfügung stehen. Während das Tabellenangebot in den Publikationen und EDV-Medien etwas eingeschränkt wurde, erfolgte eine Erhöhung des Grafikangebotes.

Verwaltungsbericht

Neben der Veröffentlichung des statistischen Datenangebots gibt die MA 66 auch den Verwaltungsbericht der Stadt Wien heraus. Der **Bericht über die Leistungen der Stadtverwaltung** erschien 2002 erstmals im neuen Corporate Design der Stadt Wien und unterstreicht mit dem modernen und professionellen Erscheinungsbild die in den vergangenen Jahren begonnene inhaltliche Straffung und Neuorientierung. Die Veröffentlichung des Verwaltungsberichts (Leistungsberichts) im Intranet und die vielfältigen Zusatzinformationen für die Abteilungen haben wieder ein sehr positives Echo hervorgerufen.

**Abteilungsmanagement**

Im Jahr 2002 erfolgte eine **Umstrukturierung der Abteilung,** sodass nunmehr drei Bereiche der Abteilung für die Ermittlung und Gewinnung von Daten und deren nachfolgende Aufbereitung und Analyse zuständig sind. Ein vierter Bereich der Abteilung ist für die Veröffentlichung der Daten, die Öffentlichkeitsarbeit und Bibliothek verantwortlich. Die Konzentrierung der Veröffentlichung der Daten in einem Bereich führte einerseits zu der bereits angeführten Vereinheitlichung des Datenangebotes und hatte andererseits ein einheitliches Erscheinungsbild der Publikationen zur Folge.

Die im Jahr 2001 begonnene Überprüfung der Zusammenarbeit der landesstatistischen Dienste mit der Statistik Austria auf Synergien und Einsparungseffekte führte 2002 zu ersten konkreten Ergebnissen für Wien. Im Zuge der **Umstellung der Todesursachencodierung** von der 9. auf die 10. Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) ab 2002 übernahm diese Tätigkeit zentral für Österreich die Statistik Austria. Dadurch konnte vorerst ein, ab 2003 ein weiterer Kanzleiposten in der Abteilung eingespart werden. Die Verhandlungen in anderen Statistikbereichen (Mikrozensus, Tourismus-, Bau- und Kindertagesheimstatistik) sind noch nicht abgeschlossen.

Die **Auskunfts- und Beratungstätigkeit** hat im abgelaufenen Jahr wieder eine Steigerung erfahren. Der Auskunftsdienst war 2002 besonders gefordert, da die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung ab Herbst 2002 zur Verfügung standen. Ohne die vielen telefonischen Anfragen gesondert zu erwähnen, betrafen von den zeitaufwändigen 259 (2001: 211) schriftlich zu beantwortenden Anfragen 167 (2001: 136) Auskünfte den Bereich Bevölke-

rungsstatistik. Ebenso hat sich die Anzahl der Fragebögen aus dem In- und Ausland auf insgesamt neun erhöht. Mit der Möglichkeit, die Datenwünsche per e-mail an das Statistische Amt heranzutragen, haben sich nicht nur die Anzahl der Anfragen und der Umfang der Fragebögen erhöht, auch inhaltlich werden nun besonders bei Anfragen aus dem Ausland Themenbereiche hinterfragt, für die es bisher weniger Auskunftsbedarf gab.

Die Erstellung eines neuen Profils der **Bibliothek** mit Schwerpunkt europäische Städtestatistik wurde 2002 abgeschlossen. Es konnten Lücken geschlossen, der Publikationsaustausch mit neuen Partnern initiiert sowie ein wertvoller historischer Bestand von der MA 9 gesichtet und teilweise übernommen werden. Außerdem wurden umfangreiche Bestände skartiert und die beiden neuen Bibliotheksräume auf ihre statische Tauglichkeit überprüft.

Das neue Corporate Design der Stadt Wien wurde nun nach der Neugestaltung aller statistischen Publikationen auch bei der Erstellung von **Visitenkarten und Briefpapier** in Anwendung gebracht.

Der **Bedienstetenschutz** erhält in der Abteilung einen immer größeren Stellenwert. So wurden ergonomische Büromöbel, weiters Konzepthalter, Fußstützen, Handgelenksauflagen etc. besorgt, die Anschaffung von blendfreien Spiegelrasterleuchten initiiert, die Tischhöhen angepasst, Fluchtwege beschildert und Feuerlöscher angebracht.

Die **EDV-Ausstattung** der Abteilung wurde sowohl im Hard- als auch im Softwarebereich erhöht. Um die Abhängigkeit von privaten Grafiken zu reduzieren, wurde das Softwareprodukt „RegioGraph" gekauft, das besonders für die Auswertungen der Großzählungsdaten 2001 bestens eingesetzt werden kann. Es bietet die Möglichkeit der grafischen Darstellung nach politischen Bezirken, Gemeindebezirken und Wiener Zählbezirken und besitzt auch zahlreiche Optionen für statistische Verfahren.

### Kosten-, Leistungs- und Ertragsbilanz

Die angeführten Leistungen erbrachten im Jahr 2002 26 Beschäftigte, die Personalkosten in der Höhe von 1.034.141 EUR verursachten. Die anteiligen Pensionskosten betrugen 178.405 EUR. Mit der Datengewinnung, Aufbereitung und Analyse waren 16,7 Bedienstete beschäftigt. Für die Gewinnung und Aufbereitung der Daten wurden zusätzlich Geldmittel in der Höhe von 90.170,63 EUR benötigt. Die Drucklegung der Publikationen erforderte Kosten in der Höhe von 73.150,69 EUR. Die MA 14 erbrachte für die Abteilung EDV-Leistungen im Wert von 104.436,19 EUR. Für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Abteilung entstanden Ausgaben von 34.143,51 EUR . Da die ersten Ergebnisse der Volkszählung 2001 erst im Herbst 2002 von der Statistik Austria zur Verfügung gestellt wurden, konnte der Datenankauf und die dazugehörende Erstellung der Publikation nicht mehr im Jahr 2002 durchgeführt werden. Gegenüber dem Voranschlag konnte somit ein Betrag von 85.073,02 EUR eingespart werden.

Für die im Auftrag der Statistik Austria durchgeführten Erhebungstätigkeiten erhielt die Abteilung 52.260,65 EUR. Der Publikations- und Datenverkauf (Datenanalyse) sowie die Insertionen erbrachten Erträge in Höhe von 11.468,27 EUR. Die statistische Auskunfts- und Beratungstätigkeit wurde von 3,2 Beschäftigten noch ohne Kostenrechnung erbracht. Den **Ausgaben von 1.541.389,97 EUR für Personal- und Sachaufwand** stehen überwiegend immaterielle Leistungen in Form von Datensammlungen gegenüber. Mit den Erträgen aus der Datengewinnung und dem Verkauf von Informationen konnten **Einnahmen von 63.728,92 EUR** erzielt werden.

## Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Den Schwerpunkt der Tätigkeiten der MA-K bildete die Abwicklung der Aufgaben der Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF). Diesem obliegt die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist, sowie sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Krankenanstalten zu setzende Maßnahmen.

### Geschäftsstelle des WIKRAF

Die Geschäftstelle hat insbesondere den zur Erfüllung der Aufgaben der Fonds-Kommission (dem Organ des WIKRAF) notwendigen Schriftverkehr, die Vorbereitung der Sitzungen der Fonds-Kommission sowie all jene Aufgaben durchzuführen, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder deren Vorsitzendem obliegen. Im Detail wurden u. a. folgende Agenden wahrgenommen:

### Verteilung der Mittel des WIKRAF

Der WIKRAF wird mit Beiträgen der Gebietskörperschaften, Mitteln der Sozialversicherung sowie aus sonstigen Mitteln dotiert. 2002 standen Mittel von rund 1,15 Mrd. EUR zur Verfügung, die von der Geschäftsstelle auf Grundlage der Beschlüsse der Fonds-Kommission an 25 vom WIKRAF teilfinanzierte Wiener Krankenanstalten überwiesen wurden. Es wurden stationäre Leistungen der Krankenanstalten für rund 492.000 sozialversicherte Patienten im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung nach Punkten (Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung – LKF) abgegolten, die von 22 Krankenanstalten erbrachten ambulanten Untersuchungen und Behandlungen für sozialversicherte Patienten pauschal finanziert sowie Zuschüsse für Investitionsvorhaben geleistet. Die administrative Abwicklung der Beihilfenmittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz war ebenso durchzuführen wie die Überweisung von Mitteln an einige nichtstädtische Krankenanstalten zwecks Abgeltung von Mindereinnahmen wegen der Umstellung auf das LKF-System.

Verrechnung ausländischer Gastpatienten und Auskunftserteilung in Regressangelegenheiten

Auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen über soziale Sicherheit oder überstaatlichem Recht wurden seitens der Geschäftsstelle die Kosten der Behandlung ausländischer Gastpatienten im Wege des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber ausländischen Krankenversicherungsträgern in rund 3.400 Fällen geltend gemacht und Auskünfte über ambulante oder stationäre Behandlungen erteilt. Kostenanfragen regressführender Sozialversicherungsträger waren seitens der Geschäftsstelle in rund 1.100 Fällen zu beantworten.

Einstufung von speziellen Funktionseinrichtungen der Krankenanstalten und Statistik; Wirtschaftliche Aufsicht, Datenplausibilitätsprüfung; Investitionszuschüsse

Für einige Bereiche (z. B. Intensiveinheiten) sieht das LKF-System spezielle Bepunktungsregeln vor. Im Zusammenhang damit waren seitens der Geschäftsstelle für insgesamt rund 100 Funktionsbereiche in Krankenanstalten umfangreiche Erhebungen und Überprüfungen vorzunehmen. Dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen waren Diagnosen- und Leistungsberichte mit den medizinischen Einzelleistungen und Haupt- und Zusatzdiagnosen für alle Patienten der 25 vom WIKRAF teilfinanzierten Krankenanstalten zu übermitteln. Die Geschäftsstelle hat im Rahmen der dem WIKRAF gemäß dem Wiener Krankenanstaltengesetz obliegenden wirtschaftlichen Aufsicht über Krankenanstalten die Rechnungsabschlüsse 2001 sowie die Voranschläge 2003 von 10 nichtstädtischen Krankenanstalten überprüft. Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen, die Nachweise der widmungsgemäßen Verwendung von Investitionszuschüssen und die Plausibilität und Qualität der von den Krankenanstalten für den stationären Bereich gemeldeten Daten waren ebenfalls durch die Geschäftsstelle zu prüfen.

Neues LKF-Modell

Seit Jänner 2002 gelangt als landesspezifische Ausgestaltung des LKF-Systems das „Neue Wiener LKF-Modell 2002" zur Anwendung, das eine Verteilung der Mittel nach ökonomischen Gesichtspunkten, nämlich nach der Auslastung und der Personalausstattung der Krankenanstalten, vornimmt.

Sonstige Aufgaben

Die Mitwirkung an der Begutachtung von legistischen Vorhaben und Angelegenheiten der Dokumentation von Statistik- und Kostendaten in Krankenanstalten komplettierten die Aufgaben der MA-K.

## Wiener Stadtwerke

### Infrastruktur-Konzern

Dem grundlegend neuen Wettbewerbsumfeld im Versorgungs- und Verkehrsmarkt begegnet der Wiener Stadtwerke-Konzern mit der gezielten, auf Kundenbedürfnisse ausgerichteten Erweiterung der Produkt- und Dienstleistungspalette. Über Energieversorgung, Personennahverkehr, Bestattungsleistungen, Müllentsorgung, Umwelttechnologie, Telekommunikation bis hin zu Bau- und Immobilienaktivitäten haben die Wiener Stadtwerke im Jahr 2002 ihre Position als kundennaher und primär standortbezogener Infrastrukturdienstleister weiter ausgebaut.

### Zwischenholding Wien Energie

Im Energiebereich wurden mit der Gründung der Wien Energie Ende 2001 eine neue, wettbewerbsfähige Struktur und ein wichtiges organisatorisches Bindeglied zur Energieallianz Austria geschaffen. In der Wien Energie GmbH wurden die Wiener Stadtwerke-Energiebereiche Wienstrom, Wiengas, Fernwärme Wien und Energiecomfort unter einem gemeinsamen Dach zusammengeführt. Die operative Umsetzung erfolgte im Berichtsjahr. Auch die zum Geschäftsfeld passenden Beteiligungen wurden neu geordnet. Die früher bei der Wiener Stadtwerke Holding AG angesiedelten Beteiligungen – wie die Energieallianz Austria – wurden der Wien Energie zugeteilt. Wien Energie ist somit die oberste Instanz in allen Energiefragen und vertritt die Interessen der Wiener Stadtwerke-Energieunternehmen in der Energieallianz und in der angestrebten Österreichischen Stromlösung.

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt in der weiteren organisatorischen und produktmäßigen Zusammenführung der Wiener Stadtwerke-Energieunternehmen, wobei die Kooperationen und Partnerschaften in der Energieallianz und in der Österreichischen Stromlösung zu berücksichtigen waren.

### Vorbereitung auf mögliche Liberalisierung im Personennahverkehr

Auch für die Personennahverkehrs-Tochtergesellschaft Wiener Linien standen im Geschäftsjahr 2002 Umstrukturierungen und Marktanpassungsszenarien auf der Tagesordnung. Angesichts der möglichen Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs durch die EU-Kommission gilt es, die durch alle Studien und Kundenbefragungen bestätigte Kompetenz, Bedeutung und Relevanz der Wiener Linien auf breitester Basis weiter auszubauen, zu unterstreichen und deutlich zu machen.

### Bestattung Wien stellt sich dem Markt

Marktöffnung findet auf Grund der Änderung der Gewerberechtsnovelle seit Sommer 2002 nun auch im Bestattungsbereich statt. Die Bestattung Wien hat sich schon im Vorfeld auf die nunmehr vorhandene Wettbewerbssituation eingestellt und konnte daher darauf aufbauend im Berichtsjahr die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Produkten und einem sehr breit gefassten Servicegedanken zügig vorantreiben.

### Auslotung weiterer Geschäftsfelder in der BMG

In der Beteiligungsmanagementgesellschaft, deren Aufgabe es ist, zukunftsträchtige Geschäftsfelder

# Stadtwerke

auszuloten, sind für 2002 das Telekommunikationsprojekt Adonis, das Immobilienprojekt Town-Town und das Alternativenergieprojekt Greenpower beispielhaft. Über diese Tochtergesellschaft erweitert der Stadtwerke-Konzern seinen breit gefächerten Infrastrukturdienstleistungsbereich.

**Großer Mischkonzern – großer Investor – großer Arbeitgeber**

Mit einem Jahresumsatz von 1,6 Mrd. EUR zählt der Wiener Stadtwerke-Konzern zu den größten Mischkonzernen Österreichs, mit 14.650 Mitarbeiter/innen ist er einer der größten Arbeitgeber und mit einem Investitionsvolumen von 530 Mio. EUR einer der größten Investoren Österreichs.

Auch unter geänderten Rahmenbedingungen – Stichwort Marktöffnung und Wettbewerb – steht die infrastrukturelle Versorgung der am dichtesten besiedelten Region des Landes für die Wiener Stadtwerke außer Frage. Es war und ist oberste Prämisse, die Entwicklung als Infrastrukturunternehmen der Stadt Wien und die Wandlung vom reinen Versorger zum serviceorientierten Dienstleistungsunternehmen weiter voranzutreiben.

**Ergebnis**

Der Umsatz des Wiener Stadtwerke-Konzerns beträgt 1.598,0 Mio. EUR (Vorjahreswert 1.822,3 Mio. EUR). Dieser Rückgang um 224,3 Mio. EUR ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass das Geschäftsjahr 2002 bei den Energieversorgungsunternehmen (ausgenommen Wienstrom Vertriebs GmbH & Co KG) ein Rumpfjahr der Monate Januar bis September darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr fehlt somit bei den Umsatzerlösen eine Winterhälfte. Erwähnenswert ist, dass im Verkehrsbereich (Wiener Linien, Wiener Lokalbahnen) sowie im Bestattungsbereich auf Grund von Tarifanpassungen höhere Umsatzerlöse erzielt werden konnten.

Beim EGT in der Höhe von -50,4 Mio. EUR ist eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um rund 10 Mio. EUR festzustellen. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf die Ergebnisverbesserung der Wiener Linien zurückzuführen. Das Jahresergebnis im Energiebereich konnte trotz Rumpfwirtschaftsjahr nahezu konstant gehalten werden (rund 50 Mio. EUR).

Der konsolidierte Bilanzgewinn des Wiener Stadtwerke-Konzerns in Höhe von 14,5 Mio. EUR (Vorjahr 36,3 Mio. EUR) entspricht dem Bilanzgewinn der Wiener Stadtwerke Holding AG. Bei den Sachanlageinvestitionen ist die Erhöhung um rund 5,6 Mio. EUR von 521,3 Mio. EUR auf 526,9 Mio. EUR im Wesentlichen auf den deutlichen Zuwachs bei den Wiener Linien (Niederflur-Fahrzeuge, U-Bahn-Neubau) zurückzuführen, der nur zum Teil durch geringere Investitionen bei Wienstrom und Wiengas (bedingt durch das Rumpfjahr) kompensiert wird.

Der Personalstand zum 31. Dezember 2002 konnte von 15.106 um 3,0 Prozent auf 14.654 Mitarbeiter/innen vermindert werden, wobei insbesondere bei den Wiener Linien und Wienstrom Einsparungen erzielt werden konnten.

**Wien Energie**

Wien Energie GmbH und ihre Funktionen

In der außerordentlichen Generalversammlung der Wien Energie GmbH am 10. April 2002 wurde der zwischen der Wiener Stadtwerke Holding AG abgeschlossene Sacheinlage- und Einbringungsvertrag über die Einbringung der Geschäftsanteile an der Wienstrom GmbH, der Wiengas GmbH, Fernwärme Wien Gesellschaft m.b.H., Energieallianz Austria GmbH und e&t Energie Handelsgesellschaft m.b.H. mit Wirkung zum 1. Januar 2002 genehmigt und gleichzeitig das Stammkapital der Wien Energie GmbH auf 230.000.000 EUR erhöht. Mit 4. September 2002 wurde die Energiecomfort Energie- und Gebäudemanagement GmbH unmittelbar in den Beteiligungskranz der Wien Energie GmbH aufgenommen. Die Geschäftsanteile an dieser Gesellschaft wurden im Wege der Abspaltung von der Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH erworben.

Strategische Funktion Wien Energie

Somit ist das strategische Ziel der Konzentration der Energieunternehmen unter dem Dach der Wien Energie GmbH umgesetzt, sodass nun diese Gesellschaften zur Förderung des wirtschaftlichen Gesamtnutzens im Wien Energie-Konzern gezielt und im direkten Wege weiterentwickelt werden können. Mit diesen strategisch-organisatorischen

**Wichtige Kennzahlen 2002**

| | Umsatz | | EGT | | Jahresergebnis | | Sachanlage-Investitionen | | Mitarbeiter**) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio EUR | | Mio EUR | | Mio EUR | | Mio EUR | | Stand am 31.12. | |
| | 2002 | 2001 | 2002 | 2001 | 2002 | 2001 | 2002 | 2001 | 2002 | 2001 |
| Holding | 23,6 | 24,6 | 15,3 | 19,4 | 14,6 | 18,5 | 0,1 | 0,2 | 157 | 164 |
| Wien Energie *) | 13,5 | 0,0 | 6,8 | 0,2 | 6,6 | 0,2 | 0,0 | 0,0 | – | – |
| Wiener Linien | 321,0 | 312,1 | –100,4 | –116,6 | 0,0 | 0,0 | 300,3 | 227,3 | 8.327 | 8.571 |
| Bestattung Wien | 32,5 | 31,5 | 0,8 | 0,6 | 0,5 | 0,4 | 1,0 | 0,8 | 410 | 432 |
| Beteiligungsmanagement | 1,7 | 1,8 | 0,1 | –1,6 | 0,3 | 0,3 | 1,0 | 2,6 | 10 | 8 |
| Konzern konsolidiert | 1.597,0 | 1.822,3 | –50,4 | –60,2 | 14,5 | 36,4 | 526,9 | 521,3 | 14.654 | 15.106 |

*) Rumpfgeschäftsjahr Wien Energie GmbH 1.1.–30.9.2002

**) inkl. KarenzurlauberInnen und Präsenzdiener

# Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener

Maßnahmen wurde der Grundstein zur Bewältigung der drei wesentlichen Herausforderungen für die Wien Energie GmbH gelegt:

- Optimale Positionierung im liberalisierten Energiemarkt durch Schaffung einer wettbewerbsfähigen Vertriebsstruktur mit der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG
- Nachhaltige Weiterentwicklung des Partnerschaftskonzepts mit der Hereinnahme der Energie AG Oberösterreich in die Energieallianz Austria und der nunmehr ausverhandelten österreichischen Strom- und Gaslösung
- Forcierte Koordination der Wiener Stadtwerke-Energieunternehmen durch deren Konzentration im unmittelbaren Beteiligungskranz der Wien Energie GmbH.

Für das folgende Wirtschaftsjahr 2002/2003 wird der Fokus der Wien Energie GmbH sich darauf konzentrieren, die aus diesen strategischen Herausforderungen weiter ableitbaren Maßnahmen umzusetzen und den gesamten Wien Energie-Konzern wirtschaftlich auf die Auswirkungen der nun voll liberalisierten Energiemärkte einzustellen.

Partnerschaften

Die Maßnahmen zur wettbewerbs- und zukunftsorientierten Positionierung der Wien Energie umfassen vor allem die nachhaltige Weiterentwicklung der aufgebauten Partnerschaften einerseits und, andererseits, die synergetisch optimierte Koordination der Unternehmen Wienstrom, Wiengas, Fernwärme Wien sowie Energiecomfort unter dem Dach des Wien Energie-Konzerns. Die Anfangsmonate 2002 waren daher geprägt von den Verhandlungen zur Festigung und zum Ausbau der Energieallianz Austria, die mit 15. März 2002 abgeschlossen wurden. An diesem Tag konnte der Erwerb eines Aktienpaketes durch EVN AG, Linz AG und Wiener Stadtwerke Holding AG an der Energie AG Oberösterreich finalisiert werden, sodass diese drei Gesellschaften nun die Sperrminorität an der Energie AG Oberösterreich halten.

Gleichzeitig wurde die Energie AG Oberösterreich in den bereits bestehenden Syndikatsvertrag der Energieallianz Austria eingebunden, wobei von der EVN und der Wien Energie GmbH Geschäftsanteile an der Energieallianz Austria GmbH und an der e&t Energie Handelsgesellschaft mbH an die Energie AG Oberösterreich abgetreten wurden, sodass diese nunmehr 17 Prozent an diesen Gesellschaften hält.

Die Wien Energie GmbH hat von der Wiener Stadtwerke Holding AG die Verwaltung ihrer Anteilsrechte an der Energie AG Oberösterreich übernommen, um damit die koordinierte Steuerung aller energierelevanten Beteiligungen sicherzustellen.

Strom- und Gasvertrieb aus einer Hand

Die Wien Energie GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr zur Verwirklichung der regionalen Energieallianz-Vertriebsstruktur neben der bereits im Jahr 2001 gegründeten Wienstrom Vertriebsgesellschaft mbH & Co KG die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG eingerichtet, sodass der Stromvertrieb zur Gänze und der Gasvertrieb im Kleinkundensegment über zwei regionale Kommanditgesellschaften wahrgenommen wird. Seit dem 16. Oktober hat die Energieallianz Austria GmbH entsprechend der syndikatsvertraglichen Zielstruktur auch ihre Stellung als Komplementär in diesen beiden Gesellschaften übernommen. Die Gesellschaften wurden noch im Jahr 2002 in der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG zusammengeführt, sodass der Strom- und Gasvertrieb aus einer Hand erfolgen kann.

Österreichische Stromlösung

Die Wien Energie GmbH hat sich gemeinsam mit den Energieallianz-Partnern dazu entschlossen, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der österreichischen Wasserkraft für die heimischen Stromkunden zu leisten, indem die komplementären Stärken der Energieallianz und der Verbundgesellschaft in den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel und Vertrieb gebündelt werden.

Mit dieser „Österreichischen Stromlösung" zwischen Verbundgesellschaft und den Energieallianz-Partnern Wien Energie, EVN, Energie AG Oberösterreich, Linz AG und Bewag entsteht mit ca. 100 Terawattstunden Stromhandelsvolumen im Jahr der achtgrößte Stromhändler in der Europäischen Union, gleich hinter Vattenfall und noch vor der EnBW.

Gemeinsam werden eine Handels- und eine Vertriebsgesellschaft die zentralen Säulen dieser Kooperation bilden, die vom Verbund und der Energieallianz Austria im Verhältnis 2/3 zu 1/3 im Handels- und im Verhältnis 1/3 zu 2/3 im Vertriebsbereich getragen werden.

Das Gesamtmodell der Österreichischen Stromlösung wurde bereits von den Organen im Wien Energie-Konzern und auch jenen der Partnerunternehmen genehmigt. Die Unterzeichnung der Widmungs- und Patronanzerklärung zu den Konsortialverträgen erfolgte auf politischer Ebene Ende Oktober. Dabei haben sich die Mitglieder des politischen Lenkungsausschusses – für das Land Wien Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder und die jeweiligen politischen Vertreter als Anteilseigner der Partnerunternehmen – klar zur Österreichischen Stromlösung bekannt. Deren operativer Start soll unmittelbar nach der kartellrechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission erfolgen.

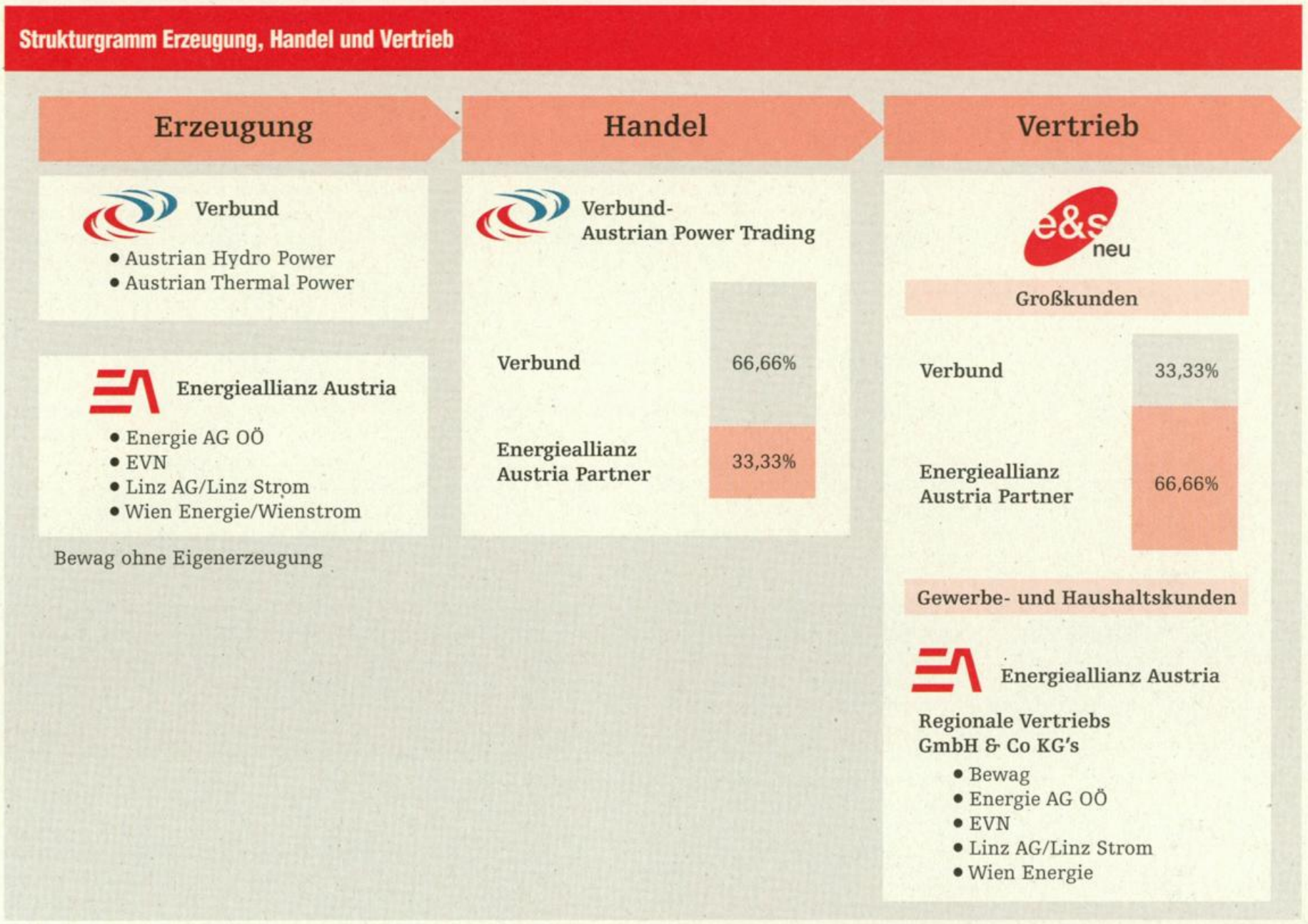
Österreichische Gaslösung

Der von der Wien Energie eingeschlagene Weg, über Kooperationen langfristig den Herausforderungen der Liberalisierung zu begegnen, fand im abgelaufenen Wirtschaftsjahr weiters seinen Ausdruck in den Verhandlungen für eine österreichische Gaslösung.

Die OMV Erdgas GmbH, Wiengas GmbH, EVN AG, OÖ Ferngas AG, Begas – Burgenländische Erdgasversorgungs AG und Linz AG für Energie, Telekommunikation, Verkehr und Kommunale Dienste wol-

# Stadtwerke

**Strukturgramm Erzeugung, Handel und Vertrieb**




len ihr Gas-Großkundengeschäft über eine gemeinsame Gesellschaft – die Econgas GmbH – bündeln. An dieser Gesellschaft werden die OMV und die anderen Unternehmen gemeinsam jeweils 50 Prozent halten.

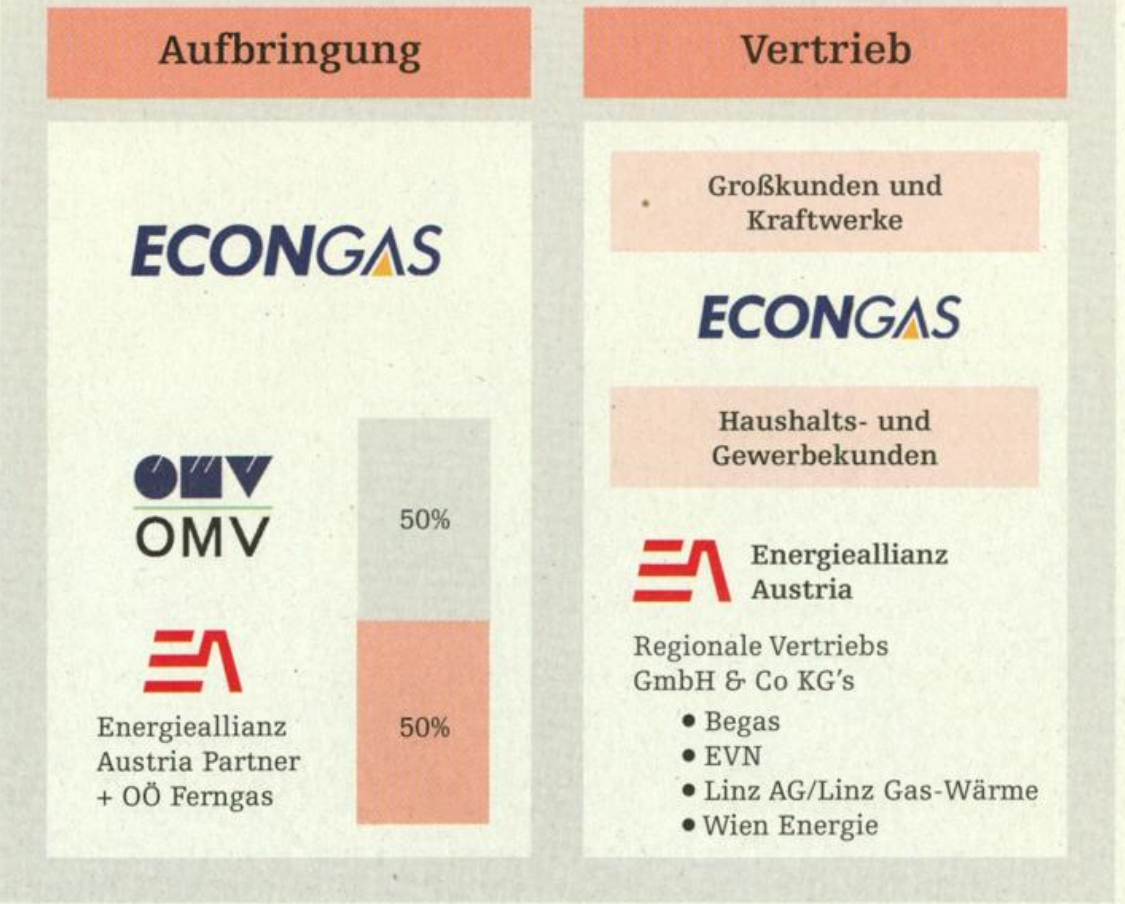
Im Juli 2002 wurde ein entsprechender Antrag auf Genehmigung des Zusammenschlusses gestellt. Am 18. Oktober 2002 genehmigte das österreichische Kartellgericht den Zusammenschluss und verfügte die diesbezügliche Eintragung ins Kartellregister.

**Wiener Linien**

Fahrgäste

Im Geschäftsjahr 2002 wurden im Linienverkehr (Verbundtarif und Autobusnachttarif) 722,4 Mio. Fahrgäste befördert. Der Aufwärtstrend der letzten Jahre bei den Fahrgastzahlen konnte im Jahr 2002 erstmals nicht fortgesetzt werden, wobei für diese Entwicklung auf den ersten Blick vor allem geänderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen (z. B. Arbeitslosenquote) bestimmend waren. Dieser neue Trend zeichnet sich im Rückgang der Fahrgastzahlen bei den Monatskarten bzw. bei den Wochenkarten ab. Teilweise konnte der Rückgang durch steigende Verkäufe bei den Einzelfahrscheinen und Streifenkarten ausge-

**Strukturgramm Aufbringung und Vertrieb**



glichen werden. Als positiv erwies sich nach wie vor der Anstieg bei den Jahreskartenkunden.

Zuwachs bei den Erlösen

Die Beförderungserlöse im Linienverkehr betrugen im Jahr 2002 318,7 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 3,0 Prozent. Dieser Zuwachs ist auf die Tarifanpassung per 1. Juni 2002 zurückzuführen. Daraus ergibt sich auch eine Steigerung beim Durchschnittserlös je Fahrgast von 4,0 Prozent (2001: 42,43 Cent, 2002: 44,12 Cent).

Jahreskartenverkäufe steigen kontinuierlich

Im Geschäftsjahr 2002 konnte die stetige Absatzsteigerung bei den Jahreskarten fortgesetzt werden. Sowohl die Jahreskarten zum Vollpreis (+1,1 Prozent) als auch die Seniorenjahreskarten (+1,0 Prozent) verzeichneten einen Kundenzuwachs.

Unser Beitrag zum Modal-Split

Die Analyse der kontinuierlichen Verkehrserhebung ergab, dass die Wiener Linien ihren – auch international gesehen – äußerst starken Marktanteil halten konnten. Im Jahr 2002 wurden wieder 34 Prozent aller Wege der Wiener Bevölkerung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Auf den motorisierten Individualverkehr entfallen 36 Prozent, die restlichen 30 Prozent teilten sich Radfahrer und Fußgänger.

Verkehrsleistungen

Die Wagennutzkilometer (gefahrene Kilometer im Linienverkehr) beliefen sich inklusive Mietwagenverkehr auf insgesamt 127,2 Mio., wobei im Schienenbetrieb rund 97,9 Mio. und im Autobusbetrieb inklusive Auftragsverkehr rund 29,3 Mio. Kilometer gefahren wurden. Dieses Angebot wurde nach wirtschaftlichen Grundsätzen und auf Grund von Zählungen der Fahrgastströme erstellt.

Das Platzangebot beläuft sich in Summe auf 14.658 Mio. Platzkilometer. Davon entfallen auf den Schienenverkehr insgesamt 12.388 Mio. Platzkilometer. Rund 30 Prozent des Schienenverkehrs werden von den Straßenbahnen, 20 Prozent von der U-Bahn U6 und 50 Prozent von den U-Bahnen U1–U4 bewältigt. Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit im Straßenbahnbetrieb betrug 15,7 km/h, auf der Linie U6 28,9 km/h, auf den Linien U1–U4 32,4 km/h und beim Autobusbetrieb 19,0 km/h.

Neue U-Bahn-Leitstelle

Seit 1978 ist die zentrale Leitstelle der U-Bahn am Karlsplatz in Betrieb und nimmt seit fast 25 Jahren die Betriebsüberwachung und Steuerung von 61 km U-Bahnnetz mit insgesamt 86 Stationen wahr. Durch den ständigen Ausbau des Netzes wurde es notwendig, eine neue Leitstelle zu errichten, die über ausreichende Kapazitäten verfügt, um das gesamte U-Bahnnetz aufzunehmen. Nach detaillierten Überlegungen wurde entschieden, die zukünftige U-Bahn-Leitstelle auf dem Betriebsbahnhofsgelände in Erdberg zu errichten. Spätestens mit der U1-Verlängerung nach Leopoldau Ende 2006 wird die neue Leitstelle in Erdberg ihren Betrieb aufnehmen.

Fuhrpark

Neben den Investitionen in den Ausbau des U-Bahnnetzes stellt die permanente Erneuerung des Fuhrparks einen weiteren wesentlichen Bereich der Qualitätsverbesserung im Dienste des Kunden dar. Um den Fahrgästen bestmöglichen Komfort zu bieten, haben die Wiener Linien 2002 den Fuhrpark an Niederflur-Fahrzeugen weiter aufgestockt. Durch den Einsatz von 50 weiteren Niederflur-Fahrzeugen (inkl. den Niederflurbussen) war es möglich, bis Jahresende auf den Linien J, 6, 31, 43, 46, 65, 67 und 71 den Betrieb mit Niederflurstraßenbahnen aufzunehmen. In Kürze werden sich auch die Fahrgäste der Linie 44 über die Vorteile des ULFs freuen können.

Seit 6. Juni 2001 ist auf der Linie U3 ein Prototyp der neuen Generation der U-Bahnwagen V/v im Einsatz. Die sechsteiligen, durchgehend begehbaren und klimatisierten Wagen der Typen V und v mit Porsche-Design entsprechen dem neuesten Stand der Technik. Auch der Spalt zwischen Bahnsteig und Fahrzeug wurde weiter verringert und ermöglicht ein noch bequemeres und gefahrloseres Einsteigen. Der Prototyp hat sich im Probebetrieb ausgezeichnet bewährt. 25 Stück der neuen U-Bahngarnituren wurden bereits bestellt. Diese werden ab 2004 von Siemens (SGP) ausgeliefert.

*Im Jahr 2002 stieg die Zahl der Jahreskartenbesitzer erstmals auf über 300.000. Das heißt, jeder vierte erwachsene Wiener ist bereits im Besitz einer Jahreskarte.*

**Bestattung Wien**

Entwicklung der Bestattungsleistungen

Die Erdbestattungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 10.724 auf 10.813 Fälle. Die Exhumie-

rungen und Überführungen verringerten sich von 4.570 auf 4.445, die Feuerbestattungen von 2.722 auf 2.643. Unter Berücksichtigung der Leistungen für andere Bestatter und der Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde ergibt sich insgesamt eine Steigerung von 31 Fällen oder 0,2 Prozent.

Sargerzeugung und -verkauf

Im unternehmenseigenen Sargerzeugungsbetrieb wurden im Jahr 2002 insgesamt 31.017 Särge hergestellt. Von der Bestattung Wien wurden davon im Rahmen ihrer Tätigkeit 17.784 Särge verbraucht. In andere Bundesländer wurden 13.068 Särge verkauft.

Neue Gewerbeordnung

Die Gewerbeordnungsnovelle 2002 trat am 1. August 2002 in Kraft und brachte für das Bestattungsgewerbe tief greifende Änderungen. Die wesentlichste davon war die Abschaffung der Bedarfsprüfung. Diese war zwar stets ein Diskussionspunkt, nichtsdestotrotz kam die Abschaffung der Bedarfsprüfung überraschend.

Somit ergibt sich ab 1. August 2002 folgende Rechtslage: Die Anmeldung des Bestattergewerbes setzt nur die Befähigung voraus, ein Bedarf ist im Gewerbeverfahren nicht mehr zu prüfen. Zum Tätigkeitsbereich der Bestattung ist die Thanatopraxie neu hinzugekommen. Der Landeshauptmann hat nur dann zwingend einen Höchsttarif zu erlassen, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass Bestatter eine nachteilige Preispolitik verfolgen oder unlauter agieren.

Strategiekonzept

Im Zuge der erwähnten Gewerbeordnungsnovelle entwickelte die Bestattung Wien ein Strategiekonzept, um die Bedrohungspotenziale im Zuge der Marktöffnung zu eruieren und entsprechende Gegenmaßnahmen zur Sicherung der Marktposition einzuleiten. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem eine Kundenbefragung in Auftrag gegeben, um die Anforderungen an Bestattungsunternehmen in Konkurrenzsituationen zu analysieren.

**Beteiligungsmanagement**

Die Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH ist eine operative Zwischenholding. Das bedeutet, dass sie neben ihren internen Holding- und Koordinationsfunktionen auch Dritten gegenüber Leistungen anbietet, wie zum Beispiel Projektmanagement und Consulting.

Baumanagement

Im Juli wurde eine Tiefgarage in der Viktoriagasse mit 130 Stellplätzen fertig gestellt.

Im Berichtsjahr wurden die Bauarbeiten für das Projekt „Überbauung des Betriebsbahnhofes U2/13 Erdberg" (TownTown) fortgeführt. Insgesamt sollen Bruttogeschoßflächen im Ausmaß von ca. 130.000 m² mit gemischter Nutzung hergestellt werden.

Zu den BMG-eigenen Bauvorhaben zählen Geschäfts- und Büroflächen unter den Adressen Simmeringer Hauptstraße 80–82, 126 sowie 112–114, die in Errichtergemeinschaften mit gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften realisiert werden. Die beiden erstgenannten Gebäude wurden im Berichtsjahr fertig gestellt.

**Beteiligungsübersicht** (Stand 31. Dezember 2002):

| | |
|---|---|
| ENCOM Energy Communication Management GmbH | 100,00 % |
| Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen | 96,58 % |
| STPM Städtische Parkraummanagement Gesellschaft mbH | 51,00 % |
| Immobiliendevelopment Wiener Stadtwerke BMG & Soravia AG | 50,00 % |
| Teerag-Asdag Aktiengesellschaft | 47,19 % |
| Greenpower Anlagenerrichtungs- und Betriebs-GmbH | 47,00 % |
| Importkohle Gesellschaft m.b.H. | 33,00 % |
| master-talk Austria Telekom Service GmbH | 32,45 % |
| master-talk Austria Telekom Service GmbH & Co KG | 19,64 % |
| Datatrak Austria Telematik GmbH | 25,00 % |
| Telereal Telekommunikationsanlagen GmbH | 25,00 % |
| Vereinigte Telekom Österreich Beteiligungs Ges.m.b.H. | 18,27 % |
| Allgemeine Baugesellschaft – A. Porr AG | 2,76 % |

Über die ENCOM Energy Communication Management GmbH werden indirekt 12,81 Prozent Anteil an der master-talk Austria Telekom Service GmbH & Co KG gehalten.